ANTIFASCHISTISCHE NRW Zeitung



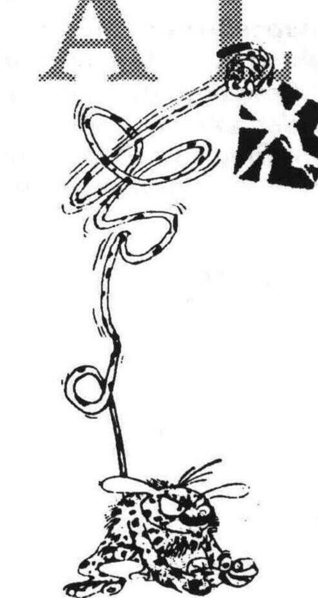
Nr. 5 Juni - Aug.94

DM 2,50

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser!

Ihr haltet nun die fünfte Ausgabe der **ANTIFASCHISTISCHEN NRW ZEITUNG** in den Händen. Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe sind Berichte von Prozessen, die im Moment in NRW stattfinden. In Düsseldorf läuft zur Zeit das Verfahren wegen dem verheerenden Anschlag in Solingen, es bleibt abzuwarten zu welchem Ergebnis es führen wird. In Bochum ist kürzlich ein Prozeß gegen den "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" zu Ende gegangen und in Dortmund ist das Verfahren gegen Mitglieder der Nationalen Offensive im Gange. In allen Prozessen kamen und kommen interessante Zusammenhänge über die Organisierung des braunen Sumpfes in der BRD ans Licht.



Die **Anti-Antifa** sowie der **BGD** haben uns ebenfalls beschäftigt. Obligatorisch zum Schluß wie immer natürlich die Nachrichten aus einzelnen Städte und Regionen. Wir hoffen, euch gefällt auch diese Ausgabe.
Eure **ANTIFA NRW ZEITUNGSREDAKTION**
P.S.: Einsendeschluß für Artikel und Anzeigen ist der 21. August.

Impressum

VisdP: P. Schultze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr.41
5600 Wuppertal 1

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301.0375.603
BLZ: 441 600 14
Bank: Dortmunder Volkbank

Auflage: 1.500
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:
Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 16 DM, also 4 DM pro Ausgabe. Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt. Bestellungen bitte an o.g. Kontaktadresse. Zahlungen bitte mit Absenderadresse an o.g. Konto oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an o.g. Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Mit Briefbomben sprengten sich militante Neofaschisten in die Schlagzeilen der Medien, sie veröffentlichten Feindeslisten und drohten ihren Gegnern mit Mord. Die Rechtsaußen rufen auf zur Gewalt gegen alle Andersdenkenden und erklären ihren Feinden den Bürgerkrieg. Die Rechte macht mobil und der neue Kampfbegriff mit dem sie ins Felde zieht heißt "ANTI-ANTIFA" und will mehr sein als nur eine politische Randerscheinung.

Die Reihen fest geschlossen

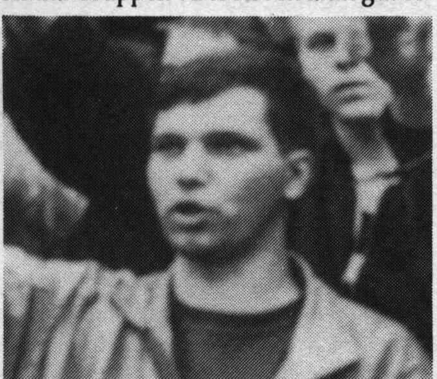
Über die Anti-Antifa als innere Front

Seit Beginn des Jahres 1992 wird ausgehend vom militanten Flügel des deutschen Neofaschismus eine "Anti-Antifa-Kampagne" propagiert. Dieser Artikel will Hintergründe zur Strategie und Ideologie dieser Kampagne beleuchten.

Die Kampagne

Bei der Beschreibung, was "Anti-Antifa" für die militante Rechte bedeutet, ist eine primäre Sicht auf ihre erklärte Praxis interessant, weil sie einen guten Einblick in den Charakter dieser Kampagne vermittelt.

Unter der zentralen Führung von Kadern der **"Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF)** wie **Christian Worch**, wurde Mitte des Jahres 1992 zu zahlreichen Gründungen von sogenannten **"Anti-Antifa Gruppen"** aufgerufen. Ziel und Inhalt der zu leistenden Arbeit exerzierte Worch in seiner Parteizeitung **"INDEX"** den jungen Kameraden beispielhaft und praxisnah vor. Er veröffentlichte dort Namen, Adressen und Fotos von politischen Gegnern, um diese aus ihrer Anonymität zu reißen und sie angreifbar zu machen. Angreifbar ist wörtlich gemeint, da die aufgeführten Zielobjekte als Synonyme für massive Gewalt gegen rechte Personen und Organisationen denunziert werden (wobei diesen gerne generell eine kausale Mordabsicht unterstellt wird). Nun stellt es nur noch eine relative Legitimation dar, es diesen Kreisen in gleicher Weise zurückzuzahlen. Seit Ende 92 kommt es bundesweit zu Gründungen von "Anti-Antifa Gruppen". Die Arbeit läuft gut organisiert über Postfächer, sog. Infotelefone und über ein Computer Mailbox Netz. Ende des Jahres 93 war genügend Material gesammelt, um die ersten Ergebnisse in einer gemeinsamen Publikation mit dem Namen **"Einblick"** zu veröffentlichen. Aus Sicherheitsgründen wurde die ursprünglich deutsche Anschrift nach Randers (Dänemark) verlegt. Mit dem Erscheinen des Einblicks ist die Kampagne aber nicht beendet, sondern hat nur ihren ersten Höhepunkt erreicht.



Christian Worch

Die Strategie des Einblicks

Der Einblick ist ein laienhaft gemachtes Heftchen, welches eine unsystematische Sammlung von ca. 250 Adressen sog.



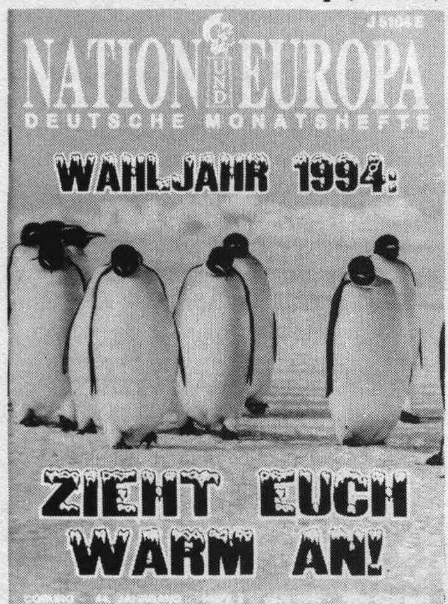
Der Einblick

Antifaschisten beinhaltet. So unscheinbar das Produkt erscheinen mag, es steckt mehr Absicht dahinter als es auf den ersten Blick vermuten läßt. Das laute Getöse mit dem der Einblick in die Öffentlichkeit getragen wurde war von den GdNF Kadern beabsichtigt. Zum einen sollte der breiten Öffentlichkeit bewußt gemacht werden, daß es ein bestimmtes Risiko bedeutet sich gegen die Rechte zu engagieren. Die massive Berichterstattung mit ihrem vorwiegend dramatisierenden Resümees erzielten die beabsichtigte einschüchternde Wirkung auf die Öffentlichkeit. Die breite Berichterstattung war aus den rechten Kreisen auch bewußt in Kauf genommen, egal ob sie negativ oder positiv sei. Wichtig war sie allein dafür, auf das rechte Lager eine verstärkende Binnenwirkung auszuüben. Vermittelt werden sollte die eigene Stärke und die Notwendigkeit einer Schutzgemeinschaft aller Rechten, da man sich als Gemeinschaft verfolgter Märtyrer betrachtete. Dieser Opfermythos ist schon immer ein beliebtes Mittel in der deutschen Rechten gewesen, um die Anhängerschaft zusammenzuschweißen. Mit dem Erscheinen des Einblicks ist aber auch eine politische Intention verbunden die in rechten Zirkeln schon länger forciert wird, nämlich einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas. Nach dem Umschwenken des politischen Klimas im Zuge von fremdenfeindlichen Progromen sieht die militante Rechte aktuell eine Chance in das Wahlkampfthema "Innere Sicherheit" einzugreifen. So wird im Einblick dem politischen Gegner unmißverständlich der Kriegszustand erklärt:...*Die gegen uns eingesetzte Gewalt ähnelt oft bürgerkriegsähnlichen Zuständen. ...Wir werden es hier tunlichst vermeiden zur Gewalt im Sinne von Tötungen, usw. gegenüber unseren Gegnern aufzurufen. Jeder von uns muß selbst wissen, wie er mit dem hier zugänglich gemachten Material umgeht. Wir hoffen, nur IHR GEHT DAMIT UM !!!...* Die rhetorische Floskel hält nicht lange wenn man sieht, das Anti-Antifa Flugschriften mit Mordwaffen in direktem Kontext zu den Antifaschisten ins Bild gesetzt werden, damit auch der Letzte versteht wie man mit dem politischen Gegner umzuspringen hat. In letzter Instanz ist der Einblick aber auch ein Testballon für die weitere Anti-Antifa Arbeit. Seit Mitte der 80er hatte es im Rahmen der GdNF ein **"Referat für Sicherheit"** (RFS) gegeben, welches mit der systematischen Ausforschung von Andersdenkenden befaßt war. Das dort umfangreich zusammengetragene Datenmaterial wurde aber beschlagnahmt und Gegenstand eines Prozesses. Das Anlegen von sogenannten Feinddateien wurde von den Richtern als nicht strafwürdig eingestuft, dennoch war es opportun die aktuelle Rechtsauffassung dazu auszutesten, um einem breiteren Spektrum in der rechten Szene Handlungssicherheit zu geben. Als auch nach dem Erscheinen des Einblickes es keine negativen Auswirkungen auf die Betreiber der Anti-Antifa Kampagne gegeben hatte, kam es nun zu einer Übernahme der Strategie auf weitere Kreise im neofaschistischen Lager. So wurde auf dem Bundesparteitag der **NPD** im Frühjahr 1994 folgender Aufruf der **JN** an die Delegierten verteilt: *...Seit einiger Zeit gei-*

stert die in Dänemark erscheinende Zeitung Einblick durch die Medien. Auch wir haben nun beschlossen mit unseren Gegnern den demokratischen Dialog zu beginnen. Als Maßnahme des reinen Selbstschutzes bitten wir um Zusendung von bekannten Treffpunkten, Fotos, Adressen usw. Mit der Einstellung sämtlicher Verfahren gegen die Einblick Betreiber, Mitte April 1994, gab die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe grünes Licht für eine Weiterführung der zuvor beschriebenen Einblick - Praxis.

Feindjustierung

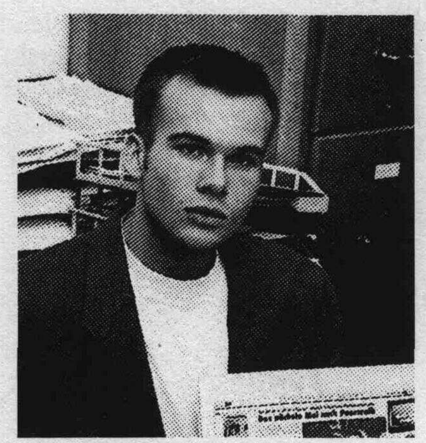
Das diese militante Praxis stattfinden kann, bedarf auch einer ideologischen Feindbildbestimmung im politischen Vorfeld. Hier tat sich im besonderen Maße die zentrale Ideologiezeitschrift der Neuen Rechten, **Nation Europa,** hervor,



Nation und Europa

die bereits während der Pogrome gegen Fremde die neue Schlagrichtung gegen die Vertreter einer ausländerfreundlichen Innenpolitik verkündetete: ... *Entlarnt die Inländerfeinde! ... Die einzige Alternative zum angestrebten lautlosen Ethnozid am deutschen Volk kann nur im entschiedenen Widerstand gegen dessen Betreiber und Nutznießer*

liegen - um welchen Preis auch immer ...es muß ab sofort darum gehen, den harten Kern der Inländerfeinde zu identifizieren und sichtbar zu machen, ...ihn beim Namen zu nennen und ihn schließlich mit politischen Mitteln unerbittlich bekämpfen. (es folgt eine systematische Auflistung von A wie Ausländerbeauftragte bis W wie Wohnraumbesitzer) ...Alle diese Leute müssen wissen, daß sie unter Umständen ein gewisses Risiko eingehen, wenn sie ihre Aktivitäten fortsetzen. Wie dieses Risiko aussieht, dazu schweigen sich die Autoren solcher Artikel aus, aber schaut man auf die Liste der Opfer rechtsextremer Briefbomben

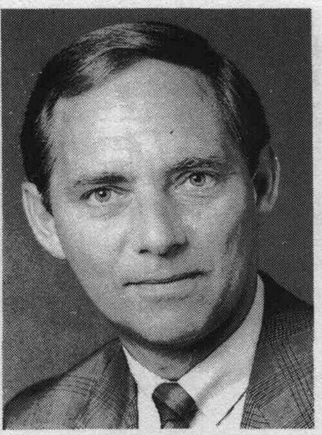


Roland Bubik

in Österreich, so entsprechen diese nur zu genau dem erklärten Feindbild. In der Zeitschrift Jungen Freiheit machten sich die neurechten Ideologen wie Roland Bubik aber auch Gedanken über ihre ärgsten Feinde, den aktiven AntifaschistInnen, wenn man ihren Eigenbekundungen Glauben schenken mag. In ihnen erkennt man eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Wirkung ihrer Propaganda in der Öffentlichkeit. So zählen antifaschistische Presseorgane zu ihren wichtigsten Feindbildern: *...Denn während die intellektuelle Rechte den "Liberalismus" als Hauptfeind erkannt hat, scheint sie die ungebrochene Schlagkraft der Linken gerne zu ignorieren... Im "Kampf gegen Rechts" ist es nicht die Mitte, sondern die Linke die den Ton angibt. Als Ursache hierfür kann der Informationsvorsprung der sogenannten "Antifa" genannt werden...Konsequenz: Für den Konservativen steht der Feind - auf tagespolitischer Ebene - links. Er muß den Gegner aus den relevanten vorpolitischen Positionen verdrängen und dessen Informationskanäle stören.* Gesagt, getan könnte es lauten als während des Faschistenaufmarsches in Fulda Steckbriefe über den Herausgeber einer antifaschistischen Zeitung unter den Neonazis verteilt wurden.

Qui bono?

Bis hierhin soll der Zustandsbeschreibung der Anti-Antifa Kampagne und ihrer ideologischen Protagonisten genüge getan sein. Es bleiben aber noch zentrale Fragen offen, nämlich die Frage nach dem warum und dem jetzt dieser Kampagne. Anti-Antifa Arbeit betreibt die Rechte seit es sie in diesem Lande gibt, aber noch nie hat sie so aggressiv diesen Kampfbegriff auf ihre Fahnen geschrieben. Was also hat sich politisch verändert, was die Rechte so massiv nach vorne in die Offensive treibt? Ist es die Stärke des politischen Gegners ? Nein, mit Sicherheit ist es nicht die Stärke, sondern es ist dessen Schwäche, die der Rechten Auftrieb verschafft. Gemeint ist der Zusammenbruch des Ostblocks sowie des real existierenden Sozialismus als Ge-

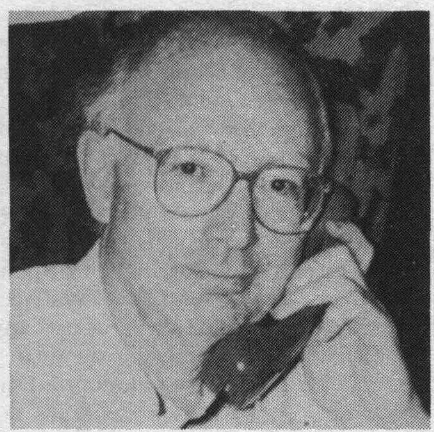


Wolfgang Schäuble

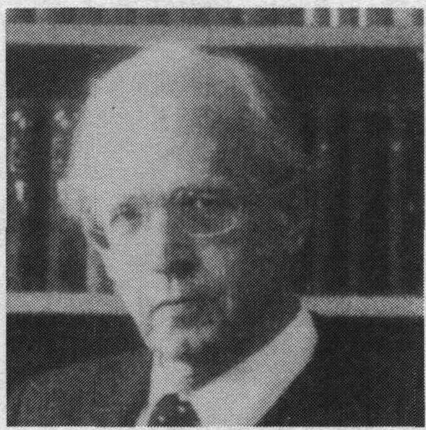
sellschaftmodell und das damit entstandene politische Vakuum. Dieses brisante Vakuum gilt es nun mit neuer politischer und ideologischer Hegemonie zu erkämpfen. Hierbei machen sich Neofaschisten und Konservative gegenseitig Konkurrenz in der Formulierung reaktionärer und autokratischer Ideologeme, um ihren Machtanspruch durchzusetzen. Jedoch stellen soziale Spannungen diese Absichten in Frage. Auf diese politisch sehr virulente Situation reagieren konservative Kreise mit der Strategie der Spannung. Mit ideologischen und populistischen Regulativen wie Nationaler Identität und Law and Order Politik, versucht man an Stärke zu gewinnen. Wolfgang Schäuble umschreibt es dann so:"*... Grundsätzlich sage ich, das nationale Bewußtsein ist in Deutschland eher schwach entwickelt. Es fehlt uns, um die sozialen Konflikte beherrschbar zu halten.*" An diesem Beispiel wird eines klar, wo es in den Jahren zuvor eine relative Distanz zwischen diesen politischen Feldern gab, kommt es seit einigen Jahren zu Tabubrüchen aus dem konservativen und bürgerlichen Spektrum der Politik. Die frühere Isolation neofaschistischen Gedankengutes wird von der Mitte der Gesellschaft her aufgelöst. Damit öffnet sich für rechte Kreise ein weites Feld für die Verbreitung und gesellschaftliche Akzeptanz ihrer Propaganda, die sie aus eigener Kraft nicht in der Lage wäre durchzusetzen. Gerade in konservativen Kreisen wird in fataler Weise auf Schwerpunkte der Politik gesetzt, die sich formell nur geringfügig von denen der Neofaschisten unterscheiden und inhaltlich teilweise sogar mit dem selben Vokabular begründet werden. Bei der Beschreibung von Feindbildern fallen die letzten Schranken und die Einigkeit ist groß, denn der Feind steht für beide auf der Linken und kleidet sich liberal.

Hand in Hand

Vor allen im Bereich des Antifaschismus lassen sich diese parallelen Interessen beobachten. Unermüdlich kämpft man gegen das letzte Aufgebot der Linken,



Hans-Helmut Knütter

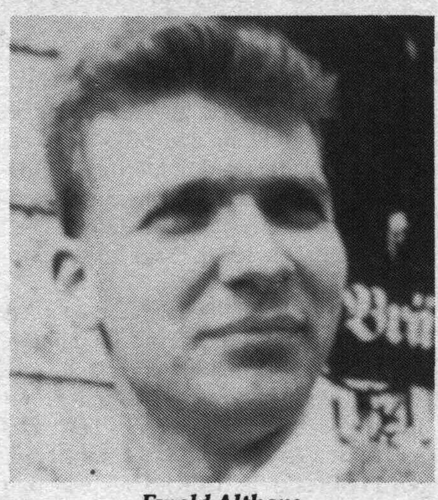


Ernst Nolte

der alten Systembedrohung im Schafspelz des Antifaschismus. So erkennt man im Antifaschismus das Überleben kommunistischer Ideologie die sich weiterhin gegen die demokratische Grundordnung richtet. Dies erklärt das Bundes Innenministerium in einer Bundestagsanfrage über den Einsatz verdeckter Ermittler in der sog. antifaschistischen/ antirassistischen Szene vom März 1994. Hand in Hand könnte man sagen, wenn Verfasser von "antifaschismuskritischen" Texten aus dem universitären Kreis auch mit Veröffentlichungen in rechtsextremen Periodika auf. Das diese Texte dann ungekürzt als Rechtfertigungsliteratur von militanten Anti-Antifa Kreisen weiterverbreitet werden wundert da nicht mehr. Aber es geht um mehr als nur um eine letzte Aufrechnung mit einem unliebsamen Feindbild. Es geht um die Erkämpfung von politischen Freiräumen, in denen sich neofaschistische Ideologie ausbreiten kann. Da kommen "Antifaschismuskritiker" wie der Bonner Professor **Hans Helmut Knütter** genau zur richtigen Zeit. Unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit fordert er die "Befreiung aus psychischen Zwängen", und er meint damit den offenen Diskurs mit der Ideologie des Faschismus/Nationalsozialismus, wenn er seine "Bibliographie zur Kritik des Antifaschismus" einleitet: *...Sie dient der Enttabuisierung des "Faschismus" und der Kritik am Antifaschismus:...Formeln wie "die finstere Zeit der deutschen Geschichte" erhellen nichts, klären nicht auf, legen Bekenntnisse der Gesinnungstüchtigkeit ab und markieren Opportunismus, sind pseudomoralisch und tabuisieren dadurch. Das gilt es zu überwinden, um eine Befreiung aus psychischen Zwängen zu erreichen.* Der Antifaschismus als Würgegriff am Halse der deutschen Geschichte. Mit seinem neuesten Buch "Die Faschismuskeule" erfreut sich Knütter vor allem im Kreise der Neofaschisten großer Beliebtheit. Die neofaschistische Ideologiezeitschrift **Nation Europa** bewertet Knütters Analyse über den Antifaschismus anerkennend: *Auf nicht-linker Seite ist da außer der Arbeit Hans-Helmut Knütters und einigen Aufsätzen hier und da meist nur gähnendes Unvermögen zu erkennen.*

Erkämpfung von politischen Freiräumen

Aber auch von anderer Seite wird "Schützenhilfe" geleistet. Der Historiker **Ernst Nolte** verkündet erneut seine These von dem "Reflex" Nationalsozialismus, welcher nur eine politisch Reaktion auf den Bolschewismus gewesen sei. Mit historischer Relativierung steht Nolte nicht alleine, schon Mitte der 80er gab es den "Historikerstreit", der auf die Entlastung der deutschen Geschichte abzielte. Jedoch verstummten nach einiger Zeit die Protagonisten einer neuen Geschichtsschreibung der Zeit des Nationalsozialismus. Doch bedeutet dies nicht, daß sich an dieser Absicht etwas geändert hat. Der Jungnaziführer **Ewald Althans** bringt die Zielintention der Rechten sinngemäß auf den Punkt wenn er sagt, daß der Weg zur politischen Macht über Auschwitz führt. Er weiß, daß die Chance zu einer neuen hegemonialen Weltanschauung wieder möglich ist. Das Problem dabei ist die historische Vorbelastung durch das 3.Reich und Auschwitz. Die historische Gelegenheit ist heute weniger die Chance einer Widerlegung des Holocaust, sondern einer Diskreditierung, Isolierung und Zerschlagung des Antifaschismus als gesellschaftlich-moralisches Tabu, als Ausdruck eines moralischen Bewußtseins gegen den Faschismus. Egal welchen strategischen Weg die konservativen und neofaschistischen Ideologen gehen, geht es um die Erkämpfung von politischen Freiräumen.



Ewald Althans

Angriffsziel Antifaschismus

Das die militanten Neofaschisten dies wörtlich nehmen, wenn sie von ihrem Anti-Antifa Kampf reden belegen eine Vielzahl von gewalttätigen Übergriffen auf Antifaschisten seit Beginn dieses Jahres. Dabei fühlen sich die militanten Neonazizirkel durch die Sicherheitsbehörden ins Recht gesetzt, wenn in Veröffentlichungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz ihrer Notwehrideologie und ihrem Opfermythos eine Art Legitimation erteilt wird: *...Über lange Jahre dominierte im Konflikt zwischen den Extremen von links und rechts eindeutig die "antifaschistische Militanz". Während die extreme Rechte also weitgehend in der Rolle des "Opfers" war und allenfalls reagierte, ...Als ernstzunehmender Gegenpart zum "Antifa-Kampf" der extremen Linken versucht sich in jüngster Zeit die "Anti-Antifa" der extremen Rechten.*

Strategie der Spannung

Derweil erkennen die Fürsprecher der Sicherheitsdienste in dieser Definition des Konfliktes ihre Chance das Thema "Innere Sicherheit" als Mittel der Bestandswahrung zu nutzen. Ihrer Einschätzung nach sind die innenpolitischen Verhältnisse noch nie so gespannt gewesen wie heute. Als Ausweg fordern sie die Einführung von Notstandsgesetzen zur Wahrung der inneren Ordnung (Bsp. Wanzen in Privatwohnungen). Ein ähnliches Krisenszenario sieht man auch im Lager der Neofaschisten und schlägt in die gleiche Kerbe von politisch-strategischen Regulativen wie Strategie der Spannung und Nationalismus. Offen biedern sich Neofaschisten mit autokratisch-antidemokratischen und nationalistischen Gesetzesgrundlagen an rechtskonservative Kreise an und zeigen wie im "Notstandsprogramm" von Reinhold Oberlercher ihren Weg aus der Krise.

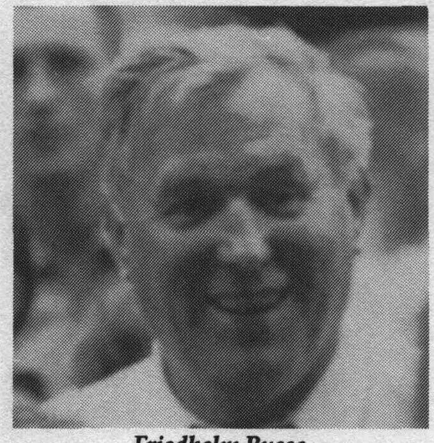
Ein historisches Beispiel von Verquikkung antidemokratischer Ideologien unter dem Dach des Antikommunismus zeigt ein Blick in die jüngere deutsche Geschichte. Bereits in den 50ern, zur Zeit des "Kalten Krieges" gab es eine Liason zwischen rechten Kampfgruppen und Sicherheitsbehörden. Schon damals hatte die militante Rechte Todes- und Feindlisten von ihren politischen Gegnern (Antifaschisten, Sozialdemokraten, usw.) mit offizieller Unterstützung vorbereitet. Diese Gruppen nannten sich

"Bund Deutscher Jugend" oder **"Stay Behind" (GLADIO)**. Interessant dabei zu erwähnen ist, daß der heutige FAP Bundesvositzende und Anti-Antifa Einheizer **Friedhelm Busse** seine rechtsextreme Karriere mit einer Vorstrafe wegen Körperverletzung beim "Bund Deutscher Jugend" (BDJ) begann.

Wie weiter ?

Zum Abschluß bleiben viele unbeantwortete Fragen über den weiteren Verlauf der Kampagnen zur Diskreditierung des Antifaschismus als moralischem Tabu gegen den Faschismus. Inwieweit sind die Konservativen den Annäherungsversuchen von den Rändern des politischen Spektrums gegenüber resistent oder ist es sogar schon soweit, wie der CDU Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger meint, daß sich eine neue "Konservative Revolution" innerhalb seiner Partei breitmacht? Sind ein Heitmann als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, oder die Berufung von Zitelmann in das Ressort der Geistigen Welt nur Ausnahmefälle ? Werden die militanten Zirkel der Neofaschisten ihre europaweit verkündete Absicht wahr machen und sich wie in Österreich mit Sprengsätzen in ihren "Bürgerkrieg" gegen Antifaschisten, Demokraten und Liberale bomben ? Viele Fragen können letztendlich nicht beantwortet werden, weil der weitere Verlauf der Ereignisse noch offen ist. Entscheidend bleibt jedoch die Feststellung, daß in dem Maße in dem es rechten und konservativen Kreisen gelingt, Antifaschismus und antirassistisches Engagement zu denunzieren, das Maß an Gewalt zunimmt. Der Spielraum für völkisch-autokratische Ideologeme entwickelt sich proportional mit der Zurückdrängung des liberalen und humanistischen Grundkonsens innerhalb dieser Gesellschaft.

David Taylor



Friedhelm Busse

Vom 6. bis zum 27.4. fand am Bochumer Landgericht der Prozeß gegen sechs Mitglieder des "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD) statt.

Der Prozeß gegen den "Freundeskreis Freiheit für Deutschland"

Diese Organisation war am 25. August letzten Jahres vom NRW-Innenminister verboten worden. Kurze Zeit später fanden mehrere Hausdurchsuchungen in Nordrhein-Westfalen statt, in Bochum, Herne, Duisburg, Xanten und Bielefeld. Gegründet wurde der FFD 1989 von **Wilfried Bluschke**, **Helmut Fuchs**, **Günther Demolsky** und dem mittlerweile verstorbenen **Werner Gebhardt**. Der Sitz des FFD war in Bochum. Hier unterhielt er seine Konten, in Gerthe ein Postfach und eine sehr konspirative Geschäftsstelle in der Schürbankstr. 20, von wo aus in professioneller Weise mit Computern der Versand der Hetzschriften und Aufkleber an über 2000 Adressaten in der ganzen BRD vorgenommen wurde. 104 verschiedene Flugblätter und 30 Aufkleber hatte der FFD hergestellt. Die Auflagenhöhe der Flugblätter betrug über eine Millionen Exemplare. Trotz eines Prozesses wegen Volksverhetzung auf Grund eines ihrer Flugblätter am 22.6.1991 und zahlreicher Anzeigen gegen den FFD konnte dieser seit seiner Gründung 1989 fünf Jahre lang ungestört polemisieren und hetzen. Sechs Mitglieder und Herausgeber waren nun in dem Prozeß angeklagt. Und zwar wegen vielfältiger Vergehen wie dem Verstoß gegen das Pressegesetz von NRW, der Volksverhetzung, der Anstachelung zum Rassenhaß, der Verunglimpfung der Demokratie, des Staates und dessen Repräsentanten, Beleidigung Andersdenkender, Verunglimpfung der Menschenwürde von AusländerInnen und Flüchtlingen, Leugnen der Vergasungen von JüdInnen im 3. Reich, Beleidigung des Ansehens Verstorbener, Billigung von Straftaten, Aufruf zur Gewalt und Gefährdung der Öffentlichen Sicherheit.

Angeklagt waren **Günther Demolsky**, **Helmut Fuchs**, **Wilfried Bluschke**, **Paul Muenzer**, **Dr. Dr. Helmut Grimm** und **Ekkehard Weil**, alias **Karl Schubert**.

Das Verbot des FFD, die Hausdurchsuchungen und der jetzige Prozeß erwekken den Anschein, der BRD-Staat sei ernstlich an der Sanktionierung rechtsradikaler Hetzer, Drahtzieher und Organisatoren rechter Gewalt interessiert. Dies ist entschieden in Frage zu stellen.

Bei dem FFD handelt es sich um eine Art "Vorfeldorganisation". Eine im Hintergrund existierende Struktur sollte geschützt werden, um noch offener und dreister hetzen zu können als diese. Dabei handelt es sich um den **Unabhängigen Freudeskreis** (UFK). Dies war den Behörden bekannt, heißt es doch im Verfassungsschutzbericht NRW von 1990: *"Der FFD... ist weitgehend mit dem Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK) identisch"*. Verbot und Prozeß trafen aber, trotz des Wissens der Staatsschützer, nur den FFD. Auch der Verhandlungsinhalt des Prozesses drehte sich einzig um die Veröffentlichungen des FFD. Der UFK, seine anderen Unterorganisationen und Zeitschriften waren nicht betroffen.

So scheint das Kalkül der Nazis aufzugehen. Das alte, weitverzweigte und in den Rechtsterrorismus reichende Netz um den UFK bleibt außerhalb der justiziellen Reichweite und außerhalb der Aufdeckung für die Öffentlichkeit.

Soweit es uns möglich ist, versuchen wir hier einige Informationen über den FFD, seine Mitglieder und seine Verbindungen zu geben.

Das braune Netz des UFK

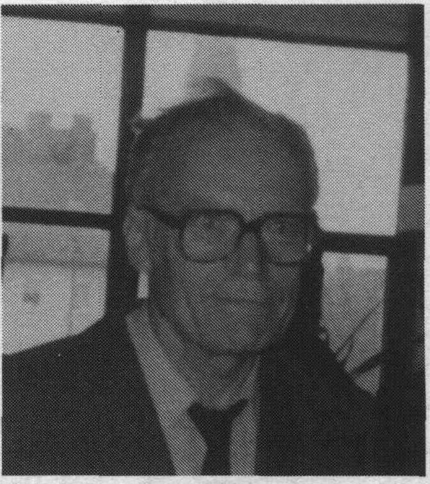
Der FFD ist als eine Untergruppe des UFK zu sehen. Der **Unabhängiger Freundeskreis** wurde 1969 unter anderem von dem Bochumer **Martin Voigt** und **Werner Gebhardt** gegründet. Der UFK hat seinen Sitz in Bochum. Er gibt seit seiner Gründung ein Monatsblatt, die **Unabhängigen Nachrichten** (UN) heraus. Diese äußerst rassistische und antisemitische Zeitung, mit einen Umfang von 12 Seiten, wird zweifarbig in einer Auflage von über 10000 Stück gedruckt. Sie wird bundesweit vertrieben und auch ungefragt zugeschickt. Früher wurde sie in Bochum bei der **Druckerei Maas** an der Alten Hattingerstraße gedruckt. Heute erscheint die UN in Bin-



Günther Demolsky



Wilfried Bluschke



Paul Muenzer

gen am Rhein, im Verlag des **Werner Symanek**.

In seiner Geschichte machte der UFK des öfteren Schlagzeile. Z.B. seine "Tage der Gemeinschaft" vom 9. bis 15. Mai 1978. Einem Treffen von 400 Mitgliedern aus mehreren rechtsextremen Organisationen. Die Polizei beschlagnahmte Unmengen von rechtsradikalen Propagandamaterial, darunter Zeitschriften wie den **Völkischer Beobachter, Wille und Weg** und den **NS-Kampfruf** der **NSDAP/AO Gary Laucks** aus Nebraska. Ein Jahr später machte der UFK Veranstaltungen mit dem britischen Pseudohistoriker und Auschwitzleugner **David Irving**. Der UFK unterhielt und unterhält beste Beziehungen zu dem SS-Sonderführer aus Auschwitz **Thies Christophersen**, der sich nach Dänemark abgesetzt hat und von dort "Die Auschwitzlüge", die Periodika **Kritik** und **Die Bauernschaft** vertreibt. Über den kürzlichen verstorbenen Gründer des UFK Werner Gebhardt bestanden ausgezeichnete Verbindungen zu den alten Waffen-SS-Verbänden und den **Leitheften** des Witteners **Johann Brandt**. Der Nazi-Terrorist **Manfred Roeder** war und ist immer noch Intimus des UFKs.

Werbung für den FFD wurde in der **Revolte** der mittlerweile verbotenen **Nationalistischen Front** (NF) gemacht. Ebenso in den **Nachrichten der HNG**, einem Gefangenenhilfsverein der Nazis. Werbung für den FFD und die **Unabhängigen Nachrichten** finden sich auch in **Die Bauernschaft** und der **NPD-NRW-Zeitung**. Der UFK hat zu allen rechtextremen und rechtsradikalen Gruppen und Parteien blendenden Kontakt.

Die "Rechts"variante des UFK - die DRsK

1979 gründeten Mitglieder des UFKs die Deutsche Rechtsschutzkasse (DRsK), eine Vereinigung, die Rechtsextremen Prozeßhilfe gewährt, rechte Anwälte vermittelt und Tips gibt, wie geltendes Recht in Bezug auf Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und anderer Delikte umschifft werden kann. Diese Tips sind in ihrer Postille **Recht und Justiz** zu lesen. Diese Tips umfassen mittlerweile zwei Sammelbände und sind über Werner Symanek zu beziehen, verantwortlich im Sinne der Presserechts ist der Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** aus Hamburg. Ihren Sitz haben das DRsK und Recht und Justiz in Bochum.

Rechte Rechtsvertretung

Aus dem DRsK ist mittlerweile ein eigenes Büro in Hamburg hervorgegangen, das **Deutsche Rechtsbüro** (DRB). Leiterin des DRB ist die Rechtsanwältin **Gisela Pahl**. Sie ist Mitarbeiterin des Anwaltsbüros von Jürgen Rieger und las wie Rieger und andere "Deutsche Anwälte" die Flugblätter des FFD auf strafbaren Inhalt hin durch.

Jürgen Rieger wird als einer der führenden Köpfe der deutschen Naziszene gehandelt. Einschlägig gerichtlich vorbestraft, ist der Anwalt dem DRsK, Recht und Justiz und dem DRB zuzuordnen. Er ist Vorsitzender der rassistischen **Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.**, Redner auf Neonaziaufmärschen wie in Hamburg und Wunsiedel, Verteidiger von Nazikriegsverbrechern und Neonazigrößen wie Kühnen und **Althans**. Momentan vertritt er alle verbotenen Naziparteien in den jeweiligen Verfahren gegen die Verbote. Die **Nationale Offensive** (NO), die **Deutsche Alternative** (DA), die **Nationalistische Front** (NF) und natürlich den FFD. Dieser Verbotskampf erfordert natürlich eine eigene Zeitung, den **Rechtskampf**. Herausgeber ist **Michael Swierczek**, ehemaliger Bundesführer der NO und im Dort-



Rechtskampf
Informationen zum Stand der Klagen gegen die Parteienverbote
Stand: Oktober 1993
Herausgeber Michael Swierczek
Postfach 90 10 02 81510 München

POLITISCHE JUSTIZ: »Über Chile lacht die Sonne und über Deutschland die ganze Welt ...«

Recht und Justiz

»Gerichte für Gnade und Moral nicht zuständig«:
Recht oder Rachejustiz?

Geteilte »Menschenwürde«: Gegen den bereits zu lebenslanger Haft verurteilten krebskranken Greis Josef Schwammberger (81) wird ein neuer Schauprozeß vorbereitet, während Honecker in Chile die Sonne und die Rente aus Deutschland genießt

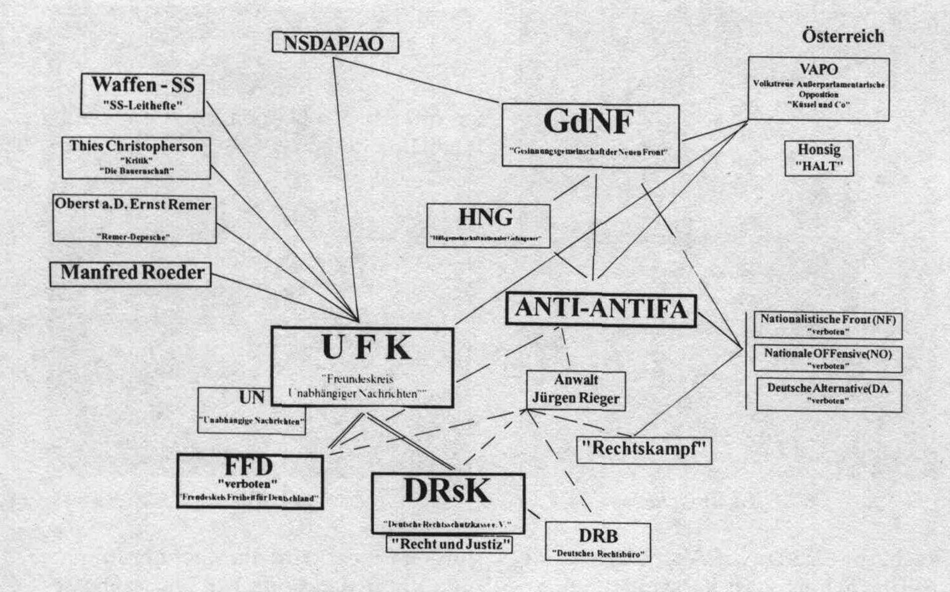
Staatsanwalt Kurt Schrimm:

eichskriegs-
agge
edroht
ie
nnere
icherheit"
er BRD!

etzt drehen sie völlig d

NACHRICHTEN DER HNG

Januar 1993
15. Jahrgang - Nr. 146



munder NO-Prozeß steht er unter Verdacht, bei der Vermittlung von Söldnern an die Nazimiliz **HOS** in Kroatien mitgewirkt zu haben. Einträchtig neben den verbotenen Naziparteien findet sich im **Rechtskampf** der FFD wieder. Anwalt Rieger vertrat im Bochumer Prozeß Helmut Fuchs.

Sein gleichgesinnter und aus NS-Prozessen erfahrener Kollege aus Düsseldorf **Hajo Hermann** vertrat Wilfried Bluschke.

Und der Dortmunder Anwalt **Erhard Steller**, sonst Leib- und Magenanwalt von SS-Siggi Siegfried Borchardt (Landesvorsitzender der FAP-NRW), der momentan in Dortmund **Christian Sennlaub** (NO) wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Nazisöldnervermittlung nach Kroatien verteidigt, vertrat in Bochum Ekkehard Weil, alias Karl Schubert.

Zurück zu den Angeklagten

Bis auf Bluschke und Weil befanden sich alle anderen Angeklagten bereits im Rentenanlter, Herren mit Geschichte.

Herr Dr. jur. Dr. med. Grimm, der nicht zu den Prozeßtagen erschien und aus diesem Grund per Haftbefehl gesucht wird, ließ sich am 18.4. beim Gericht entschuldigen. Der Brief kam aus Dänemark, vermutlich aus Kollund, wo Thies Christophersen sein Domizil hat. Beide sind alte Bekannte. Herr Dr. Dr. organisierte nämlich Veranstaltungen mit Thies Christophersen und General a. D. **Otto Ernst Remer**, einer derjenigen Nazioffiziere, die die Widerstandsbewegung des 20. Juni niederschlugen. So z.B. am 31. August 1991 in Raststatt im Hotel Brückenhof.

Günther Demolsky ist schon lange dabei. Bis zum Verbot der **Sozialistischen Reichspartei** (SRP) 1952 war er deren Landesvorsitzender in NRW. Dann Funktionär der **Deutschen Reichspartei** (DRP), der **Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher** und anderer mehr.

Über Helmut Fuchs ist (aus der aus der rechtsextremen Publikation **Nation**) bekannt, daß bei der Hausdurchsuchung bei ihm in Duisburg nun wirklich alles an rechtsradikaler Literatur gefunden wurde, was eines Nazi Herz höher schlagen läßt: **Deutsche Gegenwart, Eidgenoss, Remer-Depesche, Die Bauernschaft, UN, Nation, Europa Vorn, Sieg,** und das gleich kistenweise.

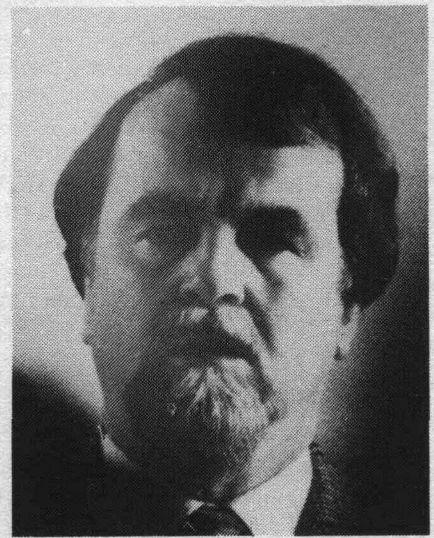
Verweisen die jüngeren Angeklagten nicht so sehr auf Tradition und Alter, so doch um so mehr auf Erfahrungen in Sachen Brutalität und Gewalt.

Der Autohändler Wilfried Bluschke aus Xanten, interessiert an "Heldentum" und Militaria, erwies sich als recht schlagkräftig gegenüber der Presse bei der Prozeßeröffnung. Er verfügt über gute Kontakte ins rechte Lager. 1989 wurde er zusammen mit **Jürgen Mosler** aus Duisburg an der Grenze zu Österreich festgenommen. Er wollte 109 Exemplare des Buches **"Freispruch für Hitler?"** und 15 Exemplare der Zeitung **Halt** von **Gerd Honsik** einführen. Hierfür wurde er 1991 wegen Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt. Aber nicht nur Jürgen Mosler von der FAP und langjähriger Vertrauter **Michael Kühnens** scheint er gut zu kennen. Auch den nach Spanien geflohenen österreichischen Nazi Gerd Honsik scheint er näher zu kennen. Zumindest sagte Bluschke im Verfahren gegen "Honsik und Strobl AG" in München aus

Der Weg zum rechten Terror

Hervorzuheben wäre da noch Ekkehard Weil, alias Karl Schubert, er ist Kassenwart und Postvertreiber des FFD. Bei ihm kann man die Kontakte des FFD zum rechten Terroruntergrund am besten nachvollziehen. Weil umfangreiches Vorstrafenregister, er war Mitglied der 1970 ausgehobenen terroristischen "Europäischen Befreiungsfront" (EBF). Hochbewaffnet plante diese Anschläge auf Politiker. Noch im selben Jahr verübte Weil einen Mordversuch an einen 20jährigen Wachsoldaten vor einem antifaschistischen Mahnmal in Berlin. Der Wachsoldat überlebte den Lungensteckschuß, den Weil ihm mit einem Gewehr mit Zielfernrohr aus 100 Meter Entfernung zufügte, knapp. Ende der 70er Jahre ging Weil nach Österreich. Der Österreichische Beobachter gab zur damaligen Zeit eine Feindliste heraus, eine Art Anti-Antifa-Liste. Weil und seine Kameraden der **Aktion Neue Rechte** (ANR) bombten die Liste so lange durch, bis sie gefaßt wurden. Dabei war es Weil höchstpersönlich, der Simon Wiesenthal und anderen die Bomben vor die Privatwohnungen plazierte. Gefaßt wurde Weil mit falschen Papieren und einer "CZ" Kaliber 7,65. Fünf Jahre wanderte er dafür in die Strafvollzugsanstalt. Mitangeklagt war damals Gottfried **Küssel**, heutiger Chef der **VAPO**, dem Österreichischen Ableger der **Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front** (GdNF).

"Kamerad" Küssel wurde wegen seiner nationalsozialistischen Aktivitäten zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt. Auch Ekkehard Weil geriet im Zusammenhang mit den Briefbombenattentaten in Österreich kurzzeitig ins Visier der Fahnder. Parallel zu diesen Ereignissen rief die Zeitung Rechtskampf zu einer Solidaritätswoche auf, der Einblick erschien. Bochumer Nazis begingen diese Solidaritätswoche, indem sie mit Berliner Kameraden nach Rostock zur dort angekündigten Anti-Antifa-Woche fuhren und AusländerInnen und Linke mit brutal attackierten.



Ekkehard Weil



Propaganda der "Unabhängigen Freundeskreise"

Ende der 80er Jahre verbüßte Weil eine Haftstrafe in Berlin und verkehrte dort in der Weitlingstraße, in einem von Rechten besetzten Haus, wo sich Küssel und andere internationale Nazis die Klinke in die Hand gaben. In diesem Haus wohnte auch der wegen des Bauens der Briefbomben gesuchte Berliner Bendix Wendt. Seit 1991 wohnt Weil unter falschen Namen in Bochum. Er nennt sich nun Karl Schubert und wohnt am Castroper Hellweg 450, bei einer Frau Madeya.

Der Prozeß wurde von Faschisten aller Alterstufen besucht, z.B. von **Erhard Kemper**, ehemals FAP-Landesvorsitzender und jetzt Reisender in Sachen HNG. Kemper war bei allen großen Naziprozessen in Österreich dabei. Aber auch junge Nazis der Anti-Antifa sitzen im Gerichtssaal. Sie terrorisierten 1992 Leute durch Bomben- und Morddrohungen, manipulierten an Fahrzeugen von Antifaschisten, verbrannten stapelweise die WAZ und drohten der Zeitungsredaktion. Diese Gruppe hortete Waffen und Sprengstoff und baute Splitterhandgranaten für Antifas und Bomben für Flüchtlinge. Einer ihrer Chefs, Marcus Scholz, avancierte Mitte letzten Jahres kurzfristig zum Pressesprecher der CDU-Wattenscheid (siehe NRW Zeitung Nr. 4). In den Prozeßpausen berieten sich dann auch Bluschke, Weil und **Thomas Haepe**, seines Zeichens Anti-Antifa-Aktivist aus Bochum, Weil und andere Nazis fotografierten alle diejenigen, die so aussahen, als wären sie nicht ihrer Gesinnung.

Der Prozeß

Soweit zu den Hintergründen des Prozesses und den Abgründen des FFD. Der eigentliche Prozeß war auf elf Verhandlungstage angesetzt. Doch trotz der Verschleppungsstrategie Riegers endete der Prozeß schon am siebten Tag mit der Verurteilung Bluschkes, Weils und Demolskys. Dr. Dr. Grimm war bis zum Ende des Prozesses nicht erschienen, wegen eines Bandscheibenvorfalls konnte Helmut Fuchs an den letzten Tagen des Prozeßes nicht teilnehmen. Muenzers Verfahren wurde am dritten Tag abgetrennt. Seine Anklage beschränkte sich auf die Autorenschaft dreier Flugblätter. Sein Urteil lautete ein Jahr Gefängnis auf zwei Jahre Bewährung.

Den anderen drei Angeklagten werden neben ihrer presserechtlichen Verantwortung für verschiedene Flugblätter und Aufkleber auch ihre Tätigkeiten als Gründer und Organisatoren des FFD vorgehalten. Verurteilt wurden sie wegen Verstoß gegen das Presserecht, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu verschieden Bewährungsstrafen: Bluschke und Demolsky erhielten zwei Jahre auf Bewährung, Weil ein Jahr und zehn Monate auf Bewährung. Die beiden erstgenannten Angeklagten hatten öfters ihren Namen unter die Hetzflugblätter gesetzt.

Alle Angeklagten waren im Prozeß geständig und gaben sich reuig. Sie distanzierten sich zwar in keiner Weise von ihren Ansichten, räumten aber ein, mit ihren Ausdrucksweisen "zu weit" gegangen zu sein. Die beiden Angeklagten Demolsky und Muenzer fielen während ihrer Einlassungen schon nach kurzer Zeit in altbekannte rassistische Gedankenmuster zurück. Demolsky führte beispielsweise den rechtsradikalen Historiker und Auschwitzleugner Irving als Bestätigung seiner Überzeugungen an; Münzer versuchte sich zunächst, sich nicht als Ausländerhasser darzustellen, sprach aber dann wieder in menschenverachtender Weise von Asylbetrügern und Scheinasylanten. Trotzdem nahmen Richter und Staatsanwaltschaft an, daß alle Angeklagten geläutert seien und in Zukunft von jeglicher rechtsradikaler Betätigung absehen würden. Besonders erstaunlich ist diese Einschätzung bei dem Angeklagten Ekkehard Weil. Er ist zwar in seinem Leben bisher weniger durch das Verfassen von Flugblättern und das Entwerfen von Aufklebern aufgefallen, aber daß er nicht "einschlägig" vorbestraft sei - wie sein Awalt Steller meinte - davon kann eigentlich keine Rede sein. Weil bewegte sich bisher ohne Unterbrechung im rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Umfeld, im Prozeß verheimlichte er, woher er seinen Unterhalt bezieht (angeblich wird er von anderen unterstützt und verdient ca. 500.- DM aus eigener Tätigkeit) und hatte große Sorge, daß die Antifa seine Adresse erfährt.





und des "Freundeskreis Freiheit für Deutschland"

Duisburg ist die Heimat einer ultrarechten Splitterpartei (angeblich 300 Mitglieder in zehn Landesverbänden), die die "wahre Wiedervereinigung Deutschlands" auf ihrem Banner führt. Vom "Bund für Gesamtdeutschland" (BGD) spinnen sich Fäden zu rechtsextremistischen Verlagen und Presseorganen - aber auch zu "seriösen" Vertriebenen-Verbänden und zu dem umstrittenen Würzburger Soziologie-Professor Lothar Bossle, Ex-Zentralkomitee-Mitglied der deutschen Katholiken.

Rechts-Partei "Bund für Gesamtdeutschland"

Hiebe für die "Deutschland-Hasser"

Manchmal ist groß nicht groß genug. Das scheint sich auch der "Bund für Gesamtdeutschland - Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft -" (BGD) mit Sitz in Duisburg zu denken. Also betrachtet er die Vereinigung mit der ehemaligen DDR nur als Zwischenetappe auf dem Weg zu "Gesamtdeutschland". Zu dem würden unter anderem das "Memelland, Ostpreußen, Danzig, Pommern, Westpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien und das Sudetenland" gehören.

Das BGD-Grundsatzprogramm spricht Klartext: "1945 hat das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht aufgehört zu bestehen. Es ist nur im Rahmen der militärischen Besatzung handlungsunfähig geworden." Auf dem Bundesparteitag in Miltenberg im April 1993 gierte die stramm rechtsgestrickte Splitterpartei nach Revanche: "Die Annexion fremden Volksbodens und Vertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat" müßten als "schwerste Belastungen für jede Völkergemeinschaft", als "Verbrechen" "wiedergutgemacht werden".

Starker, brauner Tobak vom BGD-Chef

Doch soweit ist es wohl noch nicht. Darum wittert der BGD hierzulande an den Schalthebeln der Macht Volksverrat und feindliche Lobbyisten.

Im Grundsatzprogramm wird die Zerstörung der "kulturellen und ethischen Identität des deutschen Volkes" durch "multikulturelle Veränderungen" bejammert. Der BGD-Bundesvorsitzende Horst **Zaborowski** wirft im parteieigenen Mitteilungsblatt (der neue Titel: "Unsere deutsche Heimat") noch einen Holzscheid zusätzlich ins Feuer: "In unserer zweitausendjährigen Geschichte", klagt er, "ist zu keinem Zeitpunkt die gleichzeitige Fremdbeherrschung des deutschen Volkes in seiner materiellen und geistigen Substanz so perfekt gelungen wie in unseren Tagen." Den "Hoffnungsträger Heimat" werde es bald nicht mehr geben, "wenn es uns nicht gelingen sollte, die Kraft aller Deutschen, hier und in der gesamten Welt, für den Kampf um die Erhaltung des deutschen Volkes zu gewinnen."

Ende 1993 kartet der 67jährige Ex-Geschäftsführer an gleicher Stelle nach. In seinem Artikel "Freiheit für Deutschland" fordert er eindringlich, "die dem deutschen Volk seit 1945 auferlegten Beschränkungen ab(zu)schütteln". Daß die deutsche Geschichte "seit 45 Jahren bis auf den heutigen Tag" "auf die Zeit von 1933 bis 1945 eingeengt und dabei auch noch verfälscht" werde, liegt aus Zaborowskis Sicht an der "größte(n) Manipulation der Menschheitsgeschichte". Sie diene "einzig und allein der Ausbeutung der Arbeitskraft des deutschen Volkes."

Widerstand sei nötig, proklamiert der BGD-Chef. Der Prozeß zur Europäischen Union (EU) ist Zaborowski und seinen Mannen ein Dorn im Auge. Zwar kandidiert der BGD zur Europa-Wahl in diesem Jahr. Trotzdem wird kategorisch der Austritt aus der EU verlangt (Zaborowski: "als Gefängnis für unser deutsches Volk konzipiert"). Die Verträge von Maastricht werden in einem "Aufruf zum Widerstand" von der Parteileitung sogar mit dem "Ermächtigungsgesetz" der Nazis auf eine Stufe gestellt; sie kämen einem "Staatsstreich" gleich.

Solche Schieflagen bei der zeitgeschichtlichen Betrachtung sind beim BGD wohl kaum unter "Ausrutschern" zu verbuchen. Vielmehr harmonieren sie absolut mit der ultrarechten Ausrichtung des Zusammenschlusses.

Landkarten vom Verlag der "Auschwitz-Lüge"

Da paßt es ins Bild, wenn Pastor i.R. Walter **Fischer** aus Sangershausen im Mitgliederrundbrief eine "neue Verschwörung gegen Deutschland" riecht: "von innen durch die gesteuerten Medien, von außen, indem man uns Deutsche ständig an die braune Ära erinnert und zu demütigen Schafen auf der EG-Weide degradiert." Der Theologe scheint aber zumindest an seine achtjährige Zugehörigkeit zur "Hitler-Jugend" gerne erinnert zu werden. Diese Jahre "haben mir, der ich wegen eines Herzfehlers nicht Soldat werden durfte, viel von dem gegeben, was ich unserer armen, verführten Rock- und Pop-Jugend von Herzen wünschte, nämlich Heimatliebe, Disziplin, Kameradschaft, Mut, Idealismus."

Ins Bild paßt es gleichfalls, wenn das BGD-Organ "**Unsere deutsche Heimat**" für Landkarten des "Verlages für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" in Vlotho an der Weser wirbt. Dessen Eigentümer Udo **Walendy** ist ehemaliger Bundestagskandidat der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (**NPD**) und gehörte bereits dem NPD-Präsidium an, als diese extrem rechte Partei 1964 gerade erst aus der Taufe gehoben worden war. Walendy gab in seinem Verlag unter anderem das Buch "**Die Auschwitz-Lüge**" des Nazi-Propagandisten Thies **Christophersen** heraus. Der Inhalt dieses Machwerkes wurde vom Landgericht Bielefeld als "Volksverhetzung" und "Aufstachelung zum Rassenhaß" gebrandmarkt.

Auch Walendys eigenes Buch "**Wahrheit für Deutschland - Die Schuldfrage des 2. Weltkrieges**" bekam nach seinem Erscheinen nicht unbedingt die besten Kritiken ...: Das Jugendamt der Stadt Hamm etwa sprach von "Jugendgefährdung" und beantragte die Aufnahme in den Index.

Ins radikale Bild vom "Bund für Gesamtdeutschland" fügt sich ebenso gut ein, daß im BGD-Organ Gedichte von Renate Schütte abgedruckt wurden, jener Renate **Schütte**, die ihre Ergüsse wiederholt in Zeitungen der terroristischen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiter-Partei" (**FAP**) zum Besten gab. In ihrer Vers-Sammlung "Rassenkunde", abgedruckt in den "FAP-Nachrichten", heißt es: "Zum Rassenmischmasch zu verleiten/ist Völkermord im großen Stil/Manch stolzes Reich starb so vorzeiten,/wenn es in diesem Wahn verfiel."

Lothar Bossle am Rednerpult

Ins Bild gehört auch die Querverbindung zu der Monatspublikation "**Der Scheinwerfer**". In einer Studie der Evangelischen Studentengemeinde Bonn aus dem Jahr 1990 wird dem Blatt angelastet, es enthalte "antisemitische, rassisti-

B G D

BUND FÜR GESAMTDEUTSCHLAND

Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft

Mitteilungsblatt Sonderausgabe Juli 1992



Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepaßt werden.
Immanuel Kant (1724-1804)

BGD-Mitteilungsblatt

sche, revisionistische und antidemokratische Artikel". Im "Scheinwerfer" würden Berichte der "National-Zeitung" nachgedruckt.

Unter den ständigen Mitarbeitern der Redaktion entdeckt man Siegfried **Neubacher** - und der ist BGD-Bezirksvorsitzender von Oberfranken, Europa-Wahl-Kandidat und als Schriftführer Mitglied des bayerischen Landesvorstandes.

Dem Neubacher'schen Landesverband steht mit dem 33jährigen Studienrat z.A. Mathias **Weifert** ein Vertreter der jüngeren Generation vor. Weifert, Chef der "Arbeitsgemeinschaft Donauschwäbischer Lehrer" e.V. (ADL), studiert bei Professor Lothar **Bossle** in Würzburg Soziologie. Für den 8. Donauschwäbischen Lehrerkongreß der ADL im September 1994 (Thema: "50 Jahre Flucht und Vertreibung der Donauschwaben") konnte der Student seinen Professor gewinnen: Bossle soll - nach der vorläufigen Tagesordnung - den Hauptvortrag halten. Ein anderer Tagesordnungspunkt: eine Diskussionsrunde unter anderem mit dem ADL-Vorstandsmitglied Hans **Sonnleitner**, einem Abteilungsleiter der Siemens AG.

Mit Lothar Bossle bewegt sich ein einstiger Vertrauter von Franz Josef **Strauß** im BGD-Umfeld - heftig umstritten wegen dubioser Verbindungen zur Militärdiktatur in Chile, zur faschistoiden **Mun-Sekte** und zum Psycho-Kult **"Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis"** (VPM), vielfach angegriffen wegen zwielichtiger Geschäfte mit Dissertationen seiner Studenten (Folge: ein Disziplinarverfahren) und erheblichen Zweifeln an seiner fachlichen Qualifikation (1991 unter anderem vom damaligen Vorsitzenden der "Deutschen Gesellschaft für Soziologie" geäußert).

Als konservatives Aushängeschild für den in bräunlichen Gewässern dümpelnden "Bund für Gesamtdeutschland" taugt Professor Bossle jedoch allemal.

Thomas Klaus

Ein Geständnis und ein Teilwiderruf prägten die ersten Tage des Prozesses zum Solinger Brandanschlag. Vernehmungen zur Person warfen ein schlechtes Licht auf die Angeklagten.

Rassisten auf der Anklagebank

Der 24jährige Markus Gartmann schilderte am 13. April und am Vormittag des folgenden Tages im Hochsicherheitstrakt des Oberlandesgerichts Düsseldorf, wie der für zwei Frauen und drei Mädchen türkischer Nationalität tödliche Brandanschlag in Solingen erfolgt sein soll. Er belastete sich und seine drei Mitangeklagten und entschuldigte sich bei den Angehörigen der Brandopfer, die als NebenklägerInnen an der Hauptverhandlung teilnehmen. Der noch am Tag des Brandanschlags festgenomme Christian Reher, dessen polizeiliche Aussage zur Festnahme der Mitangeklagten führten, brachte am zweiten Verhandlungstag den Ballon zum Platzen. Er bezeichnete den geständigen Gartmann und die anderen beiden Beschuldigten als gänzlich unbeteiligt. (Einleitung)

Zwei Jugendliche und zwei Erwachsene müssen sich wegen Verdachts des fünffachen Mordes, des versuchten Mordes und der besonders schweren Brandstiftung vor dem 6. Strafsenat des OLG Düsseldorf verantworten. Sie sollen am 29. Mai letzten Jahres um 1.38 Uhr im Windfang des Hauses Untere Wernerstraße 81 in Solingen das Feuer gelegt haben, das als bislang schwerste fremdenfeindliche Gewalttat in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einging und gleichzeitig Startsignal für eine Vielzahl weiterer rassistisch motivierter Übergriffe und Brandstiftungen war. Nur drei Tage nach dem Beschluß des Bundestages zur Einschränkung des Asylrechts erfolgte der fünffache Mord an den "Türken". Das innenpolitische Klima war aufgeheizt von "Das Boot ist voll"-Parolen, die nicht nur von extrem rechts, sondern aus dem bürgerlichen Kern der Gesellschaft kamen.

Das neuerliche Geständnis des DVU-Mitglieds **Markus Gartmann**, zur Tatzeit 23, kam nicht unerwartet. Nachdem im Dezember die nach sechs Monaten U-Haft notwendige Haftprüfung für die Beschuldigten negativ ausfiel, überraschten Gartmann und sein Marler Anwalt Sigmund Benecken die Öffentlichkeit und Ermittler nach langem Schweigen mit einem in den Medien placierten erweiterten Geständnis. Die Bildzeitung erhielt den Brief schon vor den Angehörigen der Opfer. Beim BKA hatte Gartmann bereits am 3. Juni gestanden, wenige Tage nach dem Anschlagn. Danach widerrief er sein Geständnis, wenig später gestand er erneut. Wie in dem Brief vom Januar wiederholte er jetzt in Düsseldorf: "Ich schäme mich und entschuldige mich unendlich dafür".

Reue und Geständnis können, falls er schuldig sein sollte, zu einem reduzierten Strafmaß führen. Er ist der einzige der vier Angeklagten, dessen mögliche Tatbeteiligung in jedem Fall nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt wird.

Christian Buchholz, heute 21, war zur Tatzeit 20 Jahre alt. Nach der Hauptschule diente er drei Wochen bei der Bundeswehr, auf zwei Lehrstellen zum Elektroinstallateur scheiterte er. Als Skinhead war er scharf auf Gewalt und Alkohol. Mit 14 Jahren ließ er sich zum ersten mal die "Birne kurz auf drei Millimeter rasieren." In seinem Fall wird das Gericht entscheiden müssen, ob im Fall einer Verurteilung das Jugendstrafrecht zur Anwendung kommt. Es sieht eine Höchststrafe von zehn Jahren vor. In seinem Tagebuch fand die Polizei rassistische, nach Gewalt rufende Eintragun-

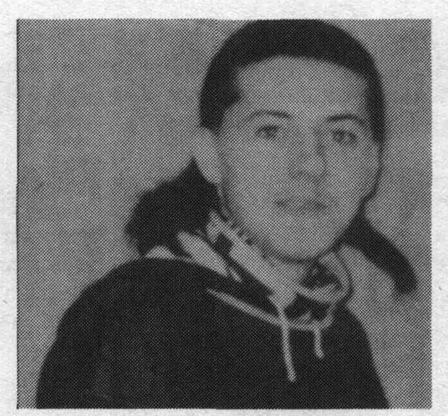
gen. Über eine Frau, mit der er Streit hatte, schrieb Buchholz: "Dieses asoziale Kanackenschwein, das mit Cocktails noch nicht verbrannt wurde...". Nach einer Auseinandersetzung auf einem Polterabend am Abend vor der Tat wollen Zeugen den Spruch "Jetzt geh ich noch zum Asylheim" aus seinem Mund gehört haben. Buchholz streitet dies vehement ab.

Felix Köhnen (heute und zur Tatzeit 16) und Markus Gartmann gehörten einer Clique an, zu deren Umfeld auch Buchholz gehörte und in der rechtsextremistische Musik der Gruppen "Böhse Onkelz" und "Störkraft" in Mode waren. Der Störkraft-Musiker **Stefan Rasche** verkehrte zeitweise in Solingen und wurde dort verehrt wie ein Halbgott. Ab und an soll es "Stress mit Ausländern" gegeben haben. In der Clique wurde bereits im Früjahr 1992 darüber nachgedacht, ein "Asylantenheim" anzugreifen. Gartmann bestreitet heute, daß dabei an den Einsatz von Molotow-Cocktails gedacht war, was er in den polizeilichen Vernehmungen noch ausgesagt hatte.

Gartmann, Bucholz und Köhnen trainierten zeitweise in dem neofaschistischen "**Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband**" (DHKKV) des Solingers **Bernd Schmitt**, Christian Buchholz in der Zeit vor dem Brandanschlag gar mehrere Stunden täglich. Schmitt soll für etliche Jugendliche mit labiler Persönlichkeit eine Art Vaterersatz gewesen sein.

Markus Gartmanns leiblicher Vater ist Alkoholiker, seine Mutter ist tot. Wie er könnte auch Felix Köhnen in dem autoritären Schmitt ein Vorbild gesucht haben. Der schmächtige Felix Köhnen ist der rechtsradikale Sohn von akademisch gebildeten, in der Linken engagierten Eltern, der eigene Wege gehen wollte. "Ausländer raus" ist einer seiner Sprüche. Bomberjacke und "Doc Martens"-Springerstiefel gehörten einst zu seinem bevorzugten Outfit. Felix Köhnen und Christian Buchholz bestreiten von Anfang an, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein. Vor Gericht schüttelten sie während des Geständnisses ihres Freundes ungläubig die Köpfe. Sie wollen zur Tatzeit gemeinsam mit dem geständigen Markus Gartmann keinesfalls am Tatort gewesen sein.

Der vierte auf der Anklagebank ist der Schalke-Hooligan **Christian Reher**, der vor der Tat die Hauptschule besuchte. Damals war er 16, jetzt ist er 17 Jahre alt. Reher hat seinen Vater nie kennengelernt, seine Mutter verstieß ihn schon als Kleinkind. Nach einer langen Heimkarriere lebte er seit Anfang der 90er Jahre





Widersprechen sich: Reher und Gartmann

wieder bei ihr. Seine Mutter war in dieser Zeit mit **Thomas Leck** aus dem Umfeld der rechtsextremistischen Düsseldorfer "Freien Wählergemeinschaft" zusammen.

In Christian Rehers Zimmer fand die Polizei Plakate der "Nationalistischen Front" und der "Wiking Jugend" sowie neofaschistische Texte. Er bekam die Nationalzeitung aus dem Verlag des DVU-Chefs Gerhard Frey "regelmäßig geschickt". Ein Kampfsportler will auch ihn beim Training in Schmitts Verein gesehen haben. Aus anderen Quellen hieß es, Reher sei lediglich für eine Mitgliedschaft angemeldet gewesen. Gegenüber Mitschülern soll er den Brandanschlag in seiner Nachbarschaft angekündigt haben: "Wir haben uns dieses Türkenhaus genau angesehen. Es wird bald abgefakkelt".

Nach seiner Festnahme am Tag des Anschlags fahndete die Polizei zunächst mit Hilfe von Phantombildern nach Skinheads, die nach Christian Rehers Angaben beteiligt waren. Dies dementierte er kurze Zeit darauf und bezeichnete sich als Einzeltäter. Dann belastete er in einer dritten Geständnisvariante die drei Tatverdächtigen, die jetzt mit auf der Anklagebank sitzen. Weitere Geständnisse folgten. Vor Gericht will er zunächst noch nichts zu seiner möglichen Tatbeteiligung aussagen. Er teilte jedoch mit, daß die anderen Angeklagten "nichts mit der Tat zu tun haben". Auch dies kam nicht überraschend, die gleiche Aussage hatte er schon Ende letzten Jahres gegenüber einem Psychologen gemacht.

Die bisherigen Geständnisse von Reher und Gartmann sind keineswegs vollständig und auch nicht ohne Widersprüche. Sie lassen wichtige Fragen offen, die das Gericht zu klären versucht. Unklar ist beispielsweise, welche Art von Brandbeschleuniger verwendet wurde. Nach Gartmanns Geständnis soll Reher kurz vor der Tat an einer Tankstelle in der Nähe des Tatorts den Brandbeschleuniger besorgt haben. Intensive Nachforschungen des BKA konnten bislang nicht klären, was in dem von Gartmann beschriebenen "eckigen, grauen Behälter" enthalten war, den Reher in seine Jacke gesteckt haben soll. Der Behälter blieb nach der Tat verschwunden. Gartmann will auch nichts von Zeitungen wissen, die Reher nach seinen polizeilichen Aussagen zum "Zündeln" mitgebracht hatte.

Für die Geständnisse von Reher und Gartmann spricht ein Detail, das Reher in einer polizeilichen Vernehmung erwähnte. Er wußte von Verletzungen im Gesicht von Christian Buchholz, die dieser sich am späten Abend vor der Tat bei Auseinandersetzungen zuzog. Wenn Buchholz, wie er behauptet, nicht bei dem Anschlag dabei war, woher wußte Reher dann von seinen Verletzungen? Reher wurde bereits am Tag des Brandanschlags festgenommen. Dies könne Reher bei Verhören durch Polizisten vorgehalten worden sein, spekulierte Felix Köhnen.

Dem OLG Düsseldorf steht ein langer, aufwendiger Prozeß ohne gleichen bevor. Wenn keiner der Angeklagten seine Aussagen korrigiert oder erweitert, werden die Richter unter Vorsitz von Wolfgang Steffen mühsam prüfen müssen, ob die Details von Markus Gartmanns Geständnis stimmig sind. Bislang wurden 137 ZeugInnen und 14 Sachverständige geladen sowie 39 Verhandlungstage angesetzt. Schon zum Haftprüfungstermin im Dezember machten einige der Anwälte Zweifel daran deutlich, daß drei der Angeklagten überhaupt am Tatort gewesen sein können. Die drei besuchten nachts ihren Freund **Karsten Hahmann**, der widersprüchliche Aussagen darüber machte, wann sie seine Wohnung verließen (Wir berichteten). Hamann war ebenfalls DVU-Mitglied und verkehrte auch in Schmitts Kampfsportverein. Nicht zuletzt BKA-Präsident Zachert ließ im Dezember verlauten, daß die polizeilichen Ermittlungen auf wackeligen Füßen stehen.

Mitte April fand im Kölner Antifa-Café eine Veranstaltung mit zwei Aktivisten der niederländischen Antifaschist Aktie (AFA) statt. Danach sprachen Kölner Antifas mit ihnen über die Situation in den Niederlanden nach den Wahlerfolgen der Rechtsextremen, den allgemeinen Rechtsruck, Flüchtlingspolitik, Ausweispflicht, die antifaschistische Kampagne gegen den Naziwahlkampf, die AFA....

Antifaschistische Bewegung in den Niederlanden

Kölner Antifa: Erzählt doch erst einmal was über die allgemeine Situation in den Niederlanden. Hier war zu lesen, daß bei den letzten Kommunalwahlen rechtsextreme Parteien dazugewonnen haben. Wie ist der Zusammenhang zwischen deren Erstarken und einem allgemeinen Rechtsruck der etablierten Parteien bzw. in der Gesellschaft?

AFA: Man kann sagen, daß die etablierten Parteien bei uns immer mehr nach rechts abdriften und die rassistischen Positionen der Rechtsextremen z.T. übernehmen. Damit legitimieren sie diese Parteien, machen sie salonfähig. Vorher waren sie politisch viel stärker isoliert, aber heute ist deren Existenz schon fast eine Normalität. Früher wurden Rechtsextreme immer mit den Nazis verglichen, man dachte sofort an die Besatzung Hollands durch Nazideutschland. Deshalb hatten es rechtsextreme Parteien hier auch schwerer als anderswo. Das hat sich mittlerweile geändert.

Kölner Antifa: Es gibt in Deutschland eine Art positives Vorurteil gegenüber Holland, daß es dort viel liberaler und toleranter ist als in der BRD. Ist da was dran?

AFA: Ich weiß nicht viel über das Bild der Niederlande bei euch, aber grundsätzlich, glaub' ich, daß hier politisch von anderen Absichten ausgegangen wird. In Deutschland wollen die etablierten Parteien, linksradikale Politik unmöglich zu machen. Bei uns gibt es zwar auch Repressionen gegen Linke, aber nicht so wie bei euch und nicht mit dem Ziel, Linksradikalismus ganz zu unterbinden. Von daher ist da vielleicht was dran.

Kölner Antifa: Liberale Politik hieße dann ja auch liberale Flüchtlingspolitik

AFA: Bei uns sind die Gesetze gegen Flüchtlinge und AusländerInnen viel restriktiver als in Deutschland. Deutschland hat sogar niederländische Gesetze zur Flüchtlingspolitik übernommen. Liberale Flüchtlingspolitik kannst Du vergessen. Wenn du bei uns Ausländer bist, bist du rechtlos. Liberale Politik nur für Holländer... Aber noch vor einem Jahr hatten auch die sog. "Illegalen" noch einen anderen Status, sie konnten sogar Arbeit finden. Die Zeiten sind vorbei, vorallem wenn am 1.6. die Ausweispflicht eingeführt wird.

Kölner Antifa: Ausweispflicht?

AFA: Ja, bislang gab es das aus historischen Gründen nicht: die einzige Zeit in der unserer Geschichte, in der Ausweispflicht bestand, war während der Besatzung. Nach der Befreiung hat man die sofort wieder abgeschafft. Die meisten HolländerInnen haben deshalb die Ausweispflicht immer mit Nazigesetzen assoziiert und so war es lange politisch unmöglich, sie einzuführen.

Kölner Antifa: Und jetzt ist es doch "gelungen"?

AFA: Ja, zum 1. Juni wird eine beschränkte Ausweispflicht eingeführt, d.h. bei der Arbeit, beim Schwarzfahren, im Fußballstadium etc. mußt Du dann einen Ausweis dabeihaben, oder als AusländerIn. Ich denke allerdings, das so langsam aber sicher die totale Ausweispflicht eingeführt werden soll. Die Regierung versucht das schon seit 20 Jahren. Vorher hat es auch schon viele seltsame Versuche gegeben, so hat z.B. die Regierung -und das ist echt kein Witz- angeregt, die Ausweispflicht nur für Leute unter 65 einzuführen, da die Jüngeren die Nazibesatzung nicht mehr miterlebt hätten und deshalb nicht dagegen wären...Totaler Quatsch...!

Kölner Antifa: Richtet sich die Ausweispflicht jetzt hauptsächlich gegen "Illegale" oder Menschen anderer Hautfarbe?

AFA: Nein, vorallem hat sie damit zu tun, daß es keine Grenzen mehr gibt, deshalb sollen die jetzt überall im Land sein.

Kölner Antifa: In der Praxis wird das aber wohl vor allem gegen "Nicht-Weiße" eingesetzt?

AFA: Das erwarten wir, klar. Wir denken, daß es vor allem gegen Schwarze eingesetzt werden soll. Viele Schwarze sind Niederländer aus den ehemaligen Kolonien, deshalb müßten die sich eigentlich nicht ausweisen. Aber falls sie das nicht tun, werden die Bullen bestimmt davon ausgehen, daß sie wirklich Ausländer sind und sie dementsprechend schlecht behandeln. Aber genaueres können wir erst nach dem 1.Juni sagen.

Kölner Antifa: Jetzt mal zu den Naziparteien in den Niederlanden. Welche gibt es, welche Programme haben die?

AFA: Also, es gibt zwei wichtige Parteien: die Centrumdemocraten (CD) und die Centrumpartij (CP). Die CD ist keine richtige Nazipartei, sondern mit den REPs zu vergleichen. Die sind für holländische Kultur und alles was dagegen ist, soll weg, weg, weg...Die CP dagegen ist eine Nazipartei mit Blut-und-Boden-Ideologie. Deren Programm ist wörtlich von der deutschen NPD übernommen.

Kölner Antifa: Wie viele Mitglieder/AnhängerInnen haben die beiden Parteien?

AFA: CD hat ca. 2500 Mitglieder, von denen etwa 100-200 aktiv sind, d.h. Flugblätter verteilen, plakatieren oder sich als KandidatInnen für Wahlen zur Verfügung stellen. Die CP ist viel kleiner, die hat oft sogar Probleme, genügend KandidatInnen aufstellen zu können und tritt somit flächendeckend zu Wahlen an.

Kölner Antifa: Und militante Nazigruppen?

AFA: Die gibt's auch, politisch spielen die allerdings nur eine marginale Rolle. Sie sind sehr klein, die bekannteste, die ANS/Aktionsfront Nationaler Sozialen (Vorsitzender: Eite Homann, Groningen) hat nur 30-40 Mitglieder. Charakteristisch ist deren klare Gewaltbereitschaft.

Kölner Antifa: Gibt es bei CD und CP auch gewaltbereite AnhängerInnen?

AFA: Ja, aber nicht unter den Namen. Die werden innerhalb der Parteien auch akzeptiert, da, wenn sie die rausschmeißen würden, hätten sie einfach nicht mehr genug Leute.

Kölner Antifa: Aber das wird verdeckt, um wählbar zu bleiben?

AFA: Ja.

Kölner Antifa: Wie verhalten sich die etablierten Parteien zu ihrer rechtsextremen Konkurrenz?

AFA: Die verhalten sich nicht. Die meiden jeden Kontakt. Politisch ist es aber so, daß die etablierten Parteien mehr und mehr die Argumente der Faschos übernehmen. Damit legitimieren sie die natürlich viel mehr als vorher.

Kölner Antifa: Gibt es von staatlicher Seite Druck gegen rechtsextreme Parteien, z. B. Parteienverbote?

AFA: Das gibt es bei uns kaum. Es wird zwar ermittelt, wenn die Nazis was Illegales tun, aber ziemlich sinnlos, da Prozesse eh nicht durchgezogen werden. Das ist bloße Taktik der Justiz.

Kölner Antifa: Wie erfolgreich waren die Faschoparteien bei den letzten (Kommunal-)Wahlen? Gab es einen Anstieg im Vergleich zu den vorherigen Wahlen? Wo sind nun Nazis im Gemeinderat vertreten?

AFA: CD und CP sind in 45 Städten angetreten und waren in den meisten auch

erfolgreich, d.h. sie sind jetzt in den Gemeinderäten vertreten. Vor den Wahlen gab es landesweit insgesamt elf Gemeinderatssitze für die Nazis, jetzt sind es 88, das sind ca. 6-7 %, aber z.B. in Rotterdam haben sie noch viel mehr Stimmen gekriegt, so 15 - 20 %.

Kölner Antifa: Du bist von der AFA (Antifaschist Aktie). Ihr habt zu der Wahl eine Kampagne gestartet. Kannst Du erzählen, was die AFA ist und wie Eure Kampagne aussieht.

AFA: AFA ist ein Bündnis lokaler Antifa-Gruppen aus der linksradikalen Szene, die landesweit zusammenarbeiten. Unsere Zusammenarbeit basiert auf einer Absichtserklärung, die auf konkreter und praktischer Arbeit beruht. Es geht in erster Linie nicht um politische Ziele, sondern um die Frage, wie wir uns gegenseitig unterstützen können. Wir sind eine sehr pragmatische und vielleicht auch apolitische Bewegung. Aber wenn wir versuchen, die Dinge politischer zu definieren, ist eine Zusammenarbeit kaum mehr möglich, da es in jeder Stadt andere Prioritäten und Probleme gibt. Wir brauchen einander, um Kontinuität zu entwickeln. Ein anderer Vorteil ist: Pragmatismus ist die beste Garantie dafür, daß lokale Gruppen autonom bleiben können, daß sie ihre eigenen Interessen wahren können.

Kölner Antifa: Kannst Du etwas näheres über den Inhalt der Absichtserklärung erzählen? Was ist euer gemeinsames Ziel?

AFA: Die Absichtserklärung ist ein Papier über die Praxisarbeit, das unsere Möglichkeiten der Zusammenarbeit klar definiert.

Kölner Antifa: Jede Stadt hat also ein anderes politisches Ziel, das von den jeweiligen lokalen Gegebenheiten abhängt?

AFA: Faschistische Parteien zu be- und verhindern, zu bekämpfen ist unser gemeinsames Ziel. Unser Vorgehen hängt jedoch von den Gegebenheiten vor Ort ab. In Amsterdam z.B. ist Militanz alltäglicher als anderswo, ein Stück Kultur. Um politisch zusammenarbeiten zu können, müssen wir ein Minimum an Verabredungen treffen, weil das, was in Amsterdam "normal" ist, anderswo Leute verschrecken könnte, auch wegen der Akzeptanz durch die BürgerInnen. Deshalb ist es auch so, daß, wenn eine landesweite Aktion laufen soll, die jeweilige lokale Gruppe für sich selbst entscheidet, welche politische Linie "gefahren" werden soll. Wenn die sagen, daß Militanz nicht o.k. ist, sind wir verpflichtet, uns daran zu halten.

Kölner Antifa: In wievielen Städten seid Ihr organisiert?

AFA: In etwa 22-25. Dokumentation ist nicht unsere Stärke!

Kölner Antifa: A propos Dokumentation: gebt Ihr eine Zeitung heraus?

AFA: Nein, als AFA-Zeitung bis jetzt noch nicht. Wir machen innerhalb unserer Kampagne gegen die Naziparteien eine Zeitung.

Kölner Antifa: Seid Ihr in den Niederlanden als Antifa-Gruppe bekannt?

AFA: Ja, mittlerweile schon.

Kölner Antifa: Arbeitet Ihr auch mit anderen Gruppen zusammen?

AFA: Ja, das ist abhängig von dem, was wir vorhaben. Bei unserer Kampagne haben wir viel mit nicht-militanten Gruppen gearbeitet. Die haben manchmal gute Kontakte zu PolitikerInnen und so. Wir dagegen kennen die nur von Räumungen etc., für uns sind das Schweine. Aber so kommen wir natürlich nicht an Geld ran, deshalb brauchen wir VermittlerInnen, die Kontakte zu denen herstellen.

Kölner Antifa: Erzählt doch mal mehr über der Kampagne und die Zeitung?

AFA: Diese Kampagne, bzw. die dazugehörige Zeitung geht davon aus, daß es 3 Sorten von WählerInnen faschistischer Parteien gibt: überzeugte Faschisten, "Protestwähler" und Unentschlossene. Für die beiden letzteren ist die Zeitung, da die Leute sich von der rassistischen Propaganda der Nazis angesprochen fühlen. In der Zeitung sind wir darauf aber nicht so eingegangen, da wir denken, daß wir, um klarzumachen, daß diese Parteien inaktzeptabel sind, eine andere Art der Überzeugungsarbeit leisten müssen. Wir sprechen eher allgemeine Themen an, die die Wähler interessieren, wie sozialer Wohnungsbau, Krankenversicherung etc. und zeigen, was die Nazis dazu gesagt haben. Die haben nämlich immer mit der Regierung gestimmt, wenn es um Sozialabbau ging. Das wollen wir den Leuten klarmachen, damit sie kampieren, daß es Quatsch ist, die aus Protest gegen die Regierung zu wählen.

Kölner Antifa: Wie habt Ihr die Zeitung gemacht, welche Auflage hat sie?

AFA: Gemacht wird sie von einer landesweiten Arbeitsgruppe. Sie wird in die verschiedenen Städte geschickt und vor Ort verteilt. Die Auflage liegt bei etwa einer halben Million.

Kölner Antifa: Und die Finanzierung?

AFA: Die Idee einer Kampagnen-Zeitung hatten wir schon sehr früh und dann versucht, bei Parteien, Behörden etc. Geld aufzutreiben Das war möglich, da diese keine Aktivitäten gegen die Nazis entwickelt haben. Gedruckt wurde die Zeitung in einer Druckerei, wo die Arbeiter für uns auf ihren Lohn verzichtet haben. Deshalb kostet die Zeitung auch nur 10 cent. Insgesamt haben wir von offizieller Seite 50.000 Gulden gekriegt.



Kölner Antifa: Wenn die Parteien ansonsten nichts gegen die Nazis machen, meint Ihr nicht, daß sie sich durch die Unterstützung der Kampagne quasi "reinwaschen" wollten?

AFA: Schon, aber das, was uns wichtig ist, nämlich unabhängig und oppositionell zu bleiben, geben wir nicht für Kohle auf. Wir haben eine feste Position, das ist allen klar.

Kölner Antifa: Die Kampagne ist vorbei. Wie soll's jetzt weitergehen?

AFA: Wir wollen jetzt den Schwerpunkt unserer Aktivitäten auch auf rassistische Aussagen der etablierten Parteien verlagern.

Kölner Antifa: Aber in der Zeitung seid ihr darauf noch nicht eingegangen.

AFA: Wir wollten zunächst eindeutig klar machen, daß wir keine faschistischen Parteien wollen. Die Etablierten übernehmen zwar rassistische Positionen, sind aber -schon wegen ihrer Parteistrukturen- keine Naziparteien. Das ist für uns ein Unterschied. Wir wollen Naziparteien isolieren, wenn wir aber vermitteln, daß die anderen Parteien genauso sind, verwischen wir die Sachlage.

Kölner Antifa: Glaubt ihr, daß die Kampagne etwas bewirkt hat?

AFA: Schwer zu sagen. CD und CP haben schon sehr zugelegt, wir wissen allerdings nicht, ob der Zuwachs ohne die Kampagne nicht noch größer gewesen wäre. Aber das war auch nicht unser einziges Ziel. Wir wollten als landesweite Organisation gemeinsam arbeiten, Erfahrungen austauschen, Aktionen planen. Die Kampagne war nur ein Aspekt. Wir haben uns kennengelernt und für die Zukunft eine Basis geschaffen.

Kölner Antifa: Was habt ihr denn jetzt vor?

AFA: Wir müssen uns erst mal neu orientieren, überlegen, was wir wollen. Als AFA existieren wir 1 1/2 Jahre, seit November 92. Wir müssen diese Zeit jetzt reflektieren und gucken, was wir machen können, um weiterzukommen.

ÖTV deckt auf - Nahrath als Richter

Am 25. März lud die Gewerkschaft ÖTV zu einer Pressekonferenz nach Bochum ein. Anlaß war die Enttarnung eines einschlägig bekannten Rechtsradikalen, der als Richter am Sozialgericht Aachen tätig ist.

1991 wurde der Diplom-Ingenieur Wolfgang **Nahrath** aus Stolberg für die Zeit vom 1.1.92 bis zum 31.12.95 als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Aachen berufen. Vorgeschlagen wurde Nahrath vom **"Deutschen Arbeitnehmer Verband" (DAV)** aus Marl, dem als anerkannte Arbeitnehmerinstitution das Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Richter an Arbeits- und Sozialgerichten zusteht. So ist Nahrath mittlerweile seit über zwei Jahren als Richter tätig, ohne daß es die Öffentlichkeit bemerkte.

Engagierten ÖTV-Mitarbeiter ist es zu verdanken, daß dem nun ein Ende gemacht wurde. Denn Wolfgang Nahrath, als langjähriger Bundesvorsitzender der völkischen Jugendorganisation **Wiking-Jugend** und als **NPD**-Funktionär nun wahrlich kein unbeschriebenes Blatt, wurde einige Wochen nach der Pressekonferenz von seinem Richteramt suspendiert. Nahrath leitete die am Vorbild der "Hitler-Jugend" orientierte WJ von 1967 bis 1991. Seine guten Beziehungen zur nationalsozialistischen **FAP** (sein Sohn Ulf ist im Bundesvorstand) sind ebenso bekannt, wie seine internationalen Verbindungen. Noch vor kurzem ließ er die Stuttgarter Nazi-Skin-Band **"Noie Werte"** ein Konzert auf seinem Gelände geben, nachdem der Auftritt in der Öffentlichkeit verboten worden war. Nahrath ist mehrere Male im NRW-Verfassungsschutzberichten der vergangenen Jahre erwähnt worden. Umso merkwürdiger, daß es dort nicht auffiel, daß Nahrath plötzlich ein Richteramt ausübte, daß ihn zur Treue zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung verpflichtete.

Der DAV

Der DAV war schon einmal ins Gespräch gekommen. Ende 1992 hatten ebenfalls antifaschistisch engagierte Mitarbeiter der ÖTV den Bochumer Arbeitsrichter Peter **Markert** wegen Volksverhetzung angezeigt. Ein Hinweis der ÖTV'ler, über die zunehmende Unterwanderung des DAV durch Rechtsextremisten, war zuvor neun Monate lang von offiziellen Stellen unbearbeitet geblieben. Markert war damals gleichzeitung NRW-Landesvorsitzender der NPD. Durch die Affäre Markert wurde bekannt, daß zahlreiche NPD-Funktionäre führende Positionen in der 1956 gegründeten Organisation einnahmen. ÖTV-Vertreter äußerten die Einschätzung, daß der DAV mittlerweile zu einer NPD-Tarnorganisation geworden sei. Eine Einschätzung, der sich mit abgeschwächter Formulierung auch der NRW-Verfassungschutz anschließt. Die Enttarnung der personellen und politischen Verbindungen zeigte Wirkung. Gegen Markert wurde zwar kein Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet, er wurde jedoch im März 93 vom Landesarbeitsgericht Hamm suspendiert. Der NRW-Minister für Arbeit und Soziales, Müntefering hatte darüberhinaus etwa zur selben Zeit dem DAV das Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Richter aberkannt. Von den insgesamt 14 in NRW auf Vorschlag des DAV ernannten Richtern sind jetzt noch 12 tätig, nachdem auch dem Generalsekretär des rechtslastigen **"Dachverbandes Deutscher Interessen" (DDI)** Roland **Martini** als Arbeitsrichter in Detmold "gekündigt" worden war. Die Amtsenthebung dieser restlichen DAV-Richter ist nun das erklärte Ziel der ÖTV. Darüberhinaus soll das Verbot des DAV und eine ähnliche Vorgehensweise auch in anderen Bundesländern erreicht werden, da der DAV bundesweit organisiert ist.



Wolfgang Nahrath auf dem NPD-Bundesparteitag 1994

Werbung kann nicht schaden

Dies dachte wohl **Wolfgang Henning** von **WOBO DESIGN** in Bochum und annoncierte kurzerhand für sein Werbe- und Druckladen an der Hernerstr.25 in der "Deutschen Zukunft" (Nr. 2/94), der Parteizeitung der NPD in NRW. So ganz zufällig ist diese Annonce wohl nicht dorthin geraten. Wolfgang Henning zeichnet nämlich auch für einige Aufkleber der **NPD** verantwortlich.

Deutsche Nationalisten in Dortmund, die Zweite



Standarte der FAP-Siegburg

Da verfügen wir ja wohl über dieselben Informationsquellen, sprach der von der ewigen Samstagsarbeit sichtlich erschöpfte Einsatzleiter der Dortmunder Polizei am Samstag den 19.März zu den versammelten AntifaschistInnen vor der Gaststätte Haus zum kühlen Grunde in Dortmund-Lücklemberg. Gegen 16.00 Uhr hatten sich rund 40 Mitglieder der Deutschen Nationalisten an der Autobahnraststätte Lichtendorf getroffen, um dann im Konvoi zu dieser Gaststätte zu fahren. Nachdem der letzte Faschist den Saal betreten hatte, schritt die Polizei mit großem Aufgebot dann ein. Mobilisierte SEK-Kräfte aus den umliegenden Städten kamen zum Einsatz und verhafteten 23 Faschisten vorläufig. Diese wurden dann mit dem großen Luxusbus (der mit den Sehschlitzen) zum Präsidium gebracht. Wurden beim ersten Treffen noch willkürlich Antifas und Faschos verhaftet, so hielt sich die Polizei an diesem Tage gegenüber den Antifas sichtlich zurück.

Bei dieser zweiten mißlungenen Aktion der deutschen Nationalisten in Dortmund fallen zwei Dinge zwingend auf.



Borchardt beim DN-Treffen (Beide Fotos Westf. Rundschau)

Zum einen trat erneut **Robert Langnickel**, 18jähriger Gymnasiast, und "Möchtegern-Führerfigur" in Aktion. Dieser hatte bereits für den 3.12.1993 zur Gründungsveranstaltung des Landesverband NRW der Deutschen Nationalisten nach Dortmund-Barop geladen (siehe Antifaschistische Zeitung NRW Nr. 4 Februar-April 1994). Diesmal mietete er den Saal für eine nicht näher benannte "studentische Verbindung" an. Derselbe Langnickel steht seit dem 15.03.1994 im sogenannten NO-Prozeß vor dem Dortmunder Landgericht. Hier zeigte er sich im 70'er Jahre-ANS/NA-Outfit: weißes Hemd, schwarze Lederjacke, Schlips und dunkle Sonnenbrille und tat sich mit seinem Funktelefon wichtig. Bei Langnickel fällt den ProzeßbeobachterInnen auf, daß er durch sein maßloses Geltungsbedürfnis nicht in der Lage ist, die von Sennlaub ausgegebene Taktik des Herunterspielens und der Zurückhaltung mitzutragen. Am 26.3.1994 lud man ihn als Redner zu einer Veranstaltung der **"Nationale Jugend-Sauerland"** und dem **"FAP-Kreisverband Olpe"** nach Meschede ein. Thema des Vortrags war sinnigerweise "Die Politische Verfolgung in der BRD".

Zum zweiten war erneut **Siegfried Borchardt** unter den Verhafteten. Im neuen Styling, mit Safarijacke und Pomade in den Haaren, stellte sich der FAP-Landesvorsitzende NRW und stellvertretende Bundesvorsitzende den Kameras. Unter den sichergestellten Utensilien befand sich neben den verschiedensten Waffen auch eine FAP-Standarte des **FAP Gau Siegburg**. Dies alles bestärkt die in der letzten Antifa NRW Zeitung aufgestellte Vermutung, daß die FAP sich für den Fall eines Parteiverbotes um Auffangorganisationen bemüht und es sich bei den Deutschen Nationalisten um die Nachfolgeorganisation der Nationalen Offensive handelt. Für das östliche Ruhrgebiet heißt dies, daß die Nazis nach mehreren Jahren der relativen Ruhe nun erneut versuchen, uns das Leben schwer zu machen.

Prozeßbeginn gegen Nationale Offensive

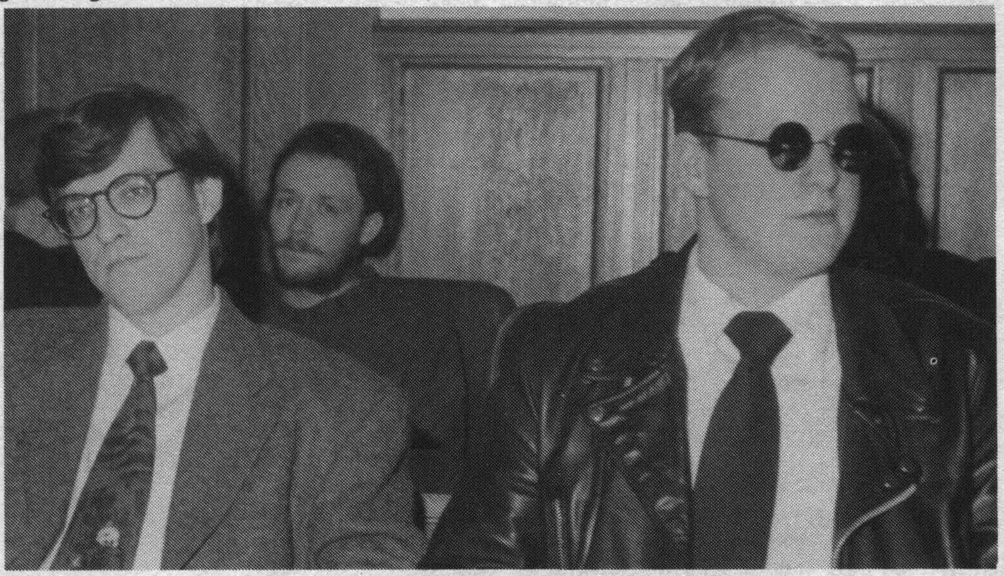
Am 17.3. begann in Dortmund vor der Staatsschutzkammer das Verfahren gegen Wittener Aktivisten der **Nationalen Offensive** (NO). Wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung, sowie gegen **Christian Sennlaub** (2. Beisitzer in dem Bundesvorstand der NO) wegen Vermittlung von Söldnern an die Nazimiliz **HOS** in Kroatien.

Angeklagt den "Inneren Kreis" der NO-Witten, sprich die kriminelle Vereinigung, gebildet zu haben, sind: Christian Sennlaub (als Rädelsführer), **Andre Krieger** (Materialbeschaffung), **Christian Böhnisch** (Bombenbauer), **Martin Amadeus Brandt** (Sohn von SS-Leithefte-Herausgeber **Johann Brandt**), **Uwe Sübert** (Kreisvorsitzender) und **Robert Langnickel**.

Das Verfahren, zu dem die Staatsschutzkammer von Dortmund erst vom Oberlandesgericht in Düsseldorf verpflichtet werden muß-

te, wird vom zuständigen Richter widerwillig geführt. Er führt politische Diskussionen mit den Angeklagten, belehrt diese und macht aus einem Staatsschutzprozeß politischen Nachhilfeunterricht für Schwererziehbare. Und so benehmen sich auch die Angeklagten. Ob mit oder ohne Kalkül sind sie von geschwätzig bis stur, von dumm bis rotzfrech. Sie machen keine gemeinsame Einlassung. Bekennen sich allerhöchstens zu einer "nationalen Einstellung". Sind alle reuig, aber nicht geständig. Alles in allem sind sie ohne jedes

Viele Zeugen werden gehört, die aber nicht bei ihren belastenden Aussagen bleiben, die sie bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft abgaben. Offensichtlich sind sie eingeschüchtert bzw. bedroht worden. Christian Sennlaub sitzt aus diesem Grund wieder in Haft, trotz seiner Haftentlassung am 3. Prozeßtag. Er hatte Kassiber aus dem Knast geschmuggelt, in denen er **Michael Swierczek** (NO-Führer) anweist, Druck auf die Zeugen, vor allem auf **Andreas Szypa** (Kassenwart der NO-Witten), auszuüben.



In Dortmund angeklagt: Sennlaub, Krieger, Langnickel

Format. (Ein privates Urteil, was ihnen nicht ihre Gefährlichkeit, aber ihre menschliche Größe abspricht). Die Prozeßführung der Staatsschutzkammer spricht für eine rasche Beendigung dieses 129 Verfahrens. Und zwar nach dem leidigen Bild "Eine Krähe hackt der anderen..."

Innerhalb des Prozesses kommen der Aufbau der Wittener NO, ihre Verbindungen und Aktionen zur Sprache. Sowie das Engagement Sennlaubs in der **HNG** und seine Rolle in der Vermittlung von Söldnern.

Der laufende Prozeß schreckt Robert Langnickel nicht davon ab, sich weiterhin an der Organisation der militanten Rechten maßgeblich zu beteiligen.

Der über ein Jahr einsitzende Andre Krieger befindet sich mittlerweile auf freiem Fuß. Beide, Sennlaub und er, erfreuten sich während ihrer Haftzeit der täglichen Lektüre der taz. Mittlerweile vermißt Sennlaub wohl sein Freiabo der taz - seine Lektüre war einigen Antifas im Saal nicht entgangen.



Christian Böhnisch



Martin Brandt

Neapel bleibt deutsch!

Die Dortmunder **CDU**, bekannt durch ihren Fraktionsvorsitzenden **Hovermann**: "Zwei **Republikaner** sind mir lieber als ein Grüner" stellte beim letzten Bundesparteitag den wahnwitzigen Antrag, daß die ehemalige DDR nicht mehr als deutscher Osten bezeichnet werden soll, sondern als mitteldeutsch.

Laut eigener Begründung wolle man aber auf keinen Fall revisionistische Kräfte unterstützen, sondern nur historisch einwandfrei argumentieren. Was dann als der deutsche Osten zu bezeichnen ist, wollen wir hier lieber nicht erläutern.

Knallhartes Urteil

Ein ex-**FAP**ler, Borussenfrontler und immer noch leidenschaftlicher Fußballfan setzte lautstarke Göbbelsreden und Marschmusik gegen seinen Nachbarn, einen Orchester-Musiker aus Rußland ein. Der 44jährige, dessen Herz nach eigenem Bekunden immer noch "fürs Deutsch-Nationale" schlägt, bedrohte und beschimpfte den Sohn der Familie. Einer anderen Mieterin aus dem Haus riet er, sich schon mal ihr Grab auszusuchen. Urteil: 6 Monate auf Bewährung und, falls er keine Ruhe gäbe, Stadionverbot für alle Heim- und Auswärtsspiele.

Dortmund

Der NPD Landesverband NRW greift nach den Sternen

Schon immer haben wir uns über die schlechte Machart der abzureißenden NPD Aufkleber geärgert. Doch jetzt geht es nach vorn, denn frei nach dem Motto "Nicht der Inhalt, sondern die Verpackung ist wichtig" verpflichtet die NPD-NRW einen neuen Designer. Und schon prangen sie auf mancher Litfaßsäule, die neuen Aufkleber der NPD. Auf tiefschwarzem Grund ist dann zu lesen: "Klar NPD", oder "in Zukunft NPD". Endlich macht das Abreißen wieder Spaß!

Die letzten Reserven

Im Superwahljahr will auch die Dortmunder NPD mit ihren Aktivitäten nicht zurückstehen. So entstanden die "Dortmunder Stimmen", ein 24-seitiges Din A-5 Heftchen, vollgestopft mit der üblichen Hetze gegen AusländerInnen, Autonome und Beiträgen zur Bandenkriminalität. Die NPD schickte dem Antifa-Café ein Exemplar. Wir werden uns demnächst bedanken.

Republikaner vor Gericht

Wegen versuchten Totschlag ist ein 20jähriger Republikaner (Mitglied im REP-Kreisvorstand) angeklagt. Die Tat ereignete sich 1992 vor einer Diskothek. Der REPler meinte, sich in einen Streit zwischen einem Türken und Deutschen einmischen zu müssen, obwohl die Auseinandersetzung schon beendet war. Das reichte dem REPler aber nicht und er zettelte nun Streit mit dem Deutschen an, weil dieser "den Ausländer" in Ruhe ließ. Im Verlauf der Auseinandersetzung zückte der REPler dann sein Kampfmesser und stach dem Deutschen in die Brust. Die Republikaner bestreiten natürlich, daß **Manfred W.** jemals im Kreisvorstand war. Der Prozeßtermin steht noch nicht fest.

Transparente an der Bundesstraße

An der B1-Fußgängerbrücke in Dortmund-Dorstfeld wurde in der Nacht vom 19. zum 20. April von "Unbekannten" ein Transparent mit der Aufschrift "Glückwunsch Führer" aufgehängt. Daneben fanden sich Hakenkreuze und SS-Runen. Die Polizei tappt im dunkeln, obwohl doch die Ermittlungen erst am Morgen des 20. begannen. Tips bitte unter 110.

Duisburg

Mordanschlag in Duisburg verharmlost

Ende März zerschlug ein Geschoß im 6. Stock ein Doppelglasfenster eines Aussiedlerheims.

Es traf einen Metallbettpfosten, prallte ab und setzte einen Schrank in Brand. Die Person, die sich im Raum befand, kam mit dem Schrekken davon, 20 cm weiter und sie wäre getroffen worden. Dei Schußbahn wurde von der Polizei festgestellt, am Ausgangspunkt des Attentates wohnt ein 25jähriger. Er ist als ex **FAP** und **DA** Mitglied polizeilich bekannt. Bei ihm wurde Leuchtspurmunition gefunden, die Tatwaffe gehört nach Angaben des Täters seinem Bruder.

Der Schuß hatte sich beim herumexperimentieren gelöst, mit seiner rechtsextremistischer Einstellung habe dies nichts zu tun. Seine Freundin hatte ihn vor einiger Zeit gezwungen, sich von seinen Kameraden zu lösen. Mit den Worten "Es tut mir leid" beendete er seine Aussage. Wer es glaubt wird seelig!!

Düsseldorf

Abschiebeknast in Düsseldorf

Die Emotionen kochen hoch im alten ArbeiterInnenstadtteil Gerresheim: Stein des Anstoßes ist die beschlossene Verlagerung eines Abschiebeknastes von Leverkusen in die ehemalige Jugendarrestanstalt in Düsseldorf-Gerresheim. Da Düsseldorf zum Zentrum der Abschiebungen in **NRW** ausgebaut wird, erhalten neben dem Flughafen auch die um und in Düsseldorf errichteten Internierungslager eine wichtige Funktion. Nun haben die Vollstrecker der "Ausländer raus"- Politik sich allerdings mit den Folgen ihrer rassistischen Stimmungsmache in besonderer Art auseinanderzusetzen: Eine Ansammlung "deutscher Bürger" will diese unerwünschte Verschiebemasse zwar loswerden, aber bitte nicht vor ihrer Haustür!

Da beißt sich die Katze in den Schwanz: Eigentlich war alles still und leise bürokratisch vorbereitet mit dem Ausbau Düsseldorfs als landesweite Abschiebezentrale von Flüchtlingen und jetzt schreien gerade diejenigen auf, die weder "Multi-Kulti"-verdächtig sind, noch sonstwie dem staatlichen Rechtsruck sichtbar negativ gegenüber zu stehen scheinen. Gerade dieses Faktum, daß der Prototyp des "anständigen Deutschen" nun das Maul aufreißt und mit Blockaden und Rambazamba droht, verlagert die Diskussion unter die

Gürtellinie des Erträglichen. "Äußerst sensibel" sei hier vorzugehen, so beeilen sich alle Verantwortlichen zu betonen und versprechen Maßnahmen, die schlicht als menschenverachtend zu bezeichnen sind.

Die Fakten: NRW übernimmt, nach der faktischen Abschaffung des Asylrechtes, eine Vorreiterrolle bei Abschiebungen: Steigerung der Abschiebungen in den letzten drei Jahren um 100%, Einrichtung von "Hafthäusern". Per 28.2.94 gibt es in NRW 17 107 Haftplätze in 38 Haftanstalten inklusive Zweiganstalten, die mit 17 914 Gefangenen belegt sind. Während normalerweise von einer 90%igen Belegung ausgegangen wird, beträgt die Belegung nun im Durchschnitt 113%.

Abschiebehaft heißt:

- Überbelegung der Zellen
- Trennung von Familien in der Haft (Die "Zeit" vom 8.4.94 berichtet z.B. von einem armenischen Ehepaar in Abschiebehaft, daß über eine Woche überhaupt nicht wußte, wo ihr dreijähriges Kind geblieben war)
- mangelnde ärztliche, soziale und dolmetscherische Betreuung
- eingeschränkte Bewegungsfreiheit

Gerechtfertigt wird dies mit der angeblich "kurzen Verweildauer" von durchschnittlich drei Wochen. In der Realität jedoch ist ein Drittel der Internierten länger als einen Monat solchen Bedingungen ausgesetzt und bei manchen zieht sich die Zeit bis zu mehr als einem Jahr hin.

Bei einem Restfunken humanen Empfindens müßte eigentlich dem letzten Wohlstandsspießer zumindest klar sein, daß hier die Tragik einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung auf dem Rücken von Flüchtlingen zum Vorschein kommt, aber die Realität spricht auch hier eine andere Sprache: "Ruhestörung", "Dreck" und "Belästigung" werden von DüsseldorferInnen in die Debatte geworfen. Auf Einladung des Düsseldorfer Anstaltsleiters **Hans Seibert** durfte ein Anwohner öffentlich prahlen, Ausländer "mit seinem Jagdhund verjagt" zu haben.

Motor der "BürgerInnenbewegung" ist der CDU-dominierte **"Gerresheimer Bürger- und Heimatverein"**. Diesem waren in der Vergangenheit schon die Insassen des Landeskrankenhauses ein Dorn im Auge: Sauber soll es zugehen im Stadtteil und da stören Behinderte oder "Gestörte" ebenso wie zusammengepferchte inhaftierte AusländerInnen. Fleißig werden Unterschriften gegen die Verlagerung des Knastes von Leverkusen-Opladen nach Gerresheim gesammelt und den Bezirksvertretungen stolz über 1000 Unterschriften präsentiert. Passt auf - jetzt ist Wahljahr!

Formal sind die **REPs aus der Initiative gegen die Knastverlegung ausgeschlossen, was diese jedoch nicht daran hindert, ihren Teil zur Hetze beizutragen und fleißig Unterschriften zu sammeln. Nachdem Blockaden angekündigt und Knastbediensteten nahegelegt wurde, ihre Wagen woanders zu parken, falls sie heilbleiben sollen, beeilte sich der Vorsitzende des "Bürger- und Heimatvereins" zu versichern, daß nicht zu strafbaren Handlungen aufgerufen werde.**

Die Spannweite dieses lokalen Beispiels für konzertierten Rassismus läßt sich anhand der Reaktion von Behörden und Lokalpolitik auf diesen "Bürgerprotest" ersehen: Auf öffentlichen Anhörungen standen der Leiter der JVA, **Seibert**, der leitende Ministerialrat im Justizministerium, *Sent* und der Sozialamtszuständige für die Unterbringung von Asylbewerbern, **Schultheiß** Rede und Antwort und versprachen folgende Maßnahmen, um den Mob zu besänftigen:

-Erhöhung der Gefängnismauern bis zur oberen Etage, damit die AnwohnerInnen von dem abstoßenden Anblick inhaftierter Flüchtlinge verschont bleiben,
-Maßnahmen im Innenbereich, "um die Insassen von den Fenstern wegzuhalten (!)"
-Drosselung der Lautstärke der Fernseher
-Anbringung von Sichtblenden, die zudem schalldämmend wirken
-sofortige Verlegung von Häftlingen, die die Ruhe stören
-und letztendlich das Versprechen an die "Protestierenden", den Knast zu verlegen, wenn es nicht genügend "Ruhe und Ordnung" geben sollte.



Abschiebeknast Düsseldorf-Gerresheim

Dem Bezirksvorsteher Gerresheims gehen die Repressalien gegen die Flüchtlinge und selbst dieses Versprechen noch nicht weit genug. Er rang dem Ministerialbeamten die Zusage ab, bei Zwischenfällen im Inneren oder außerhalb des Hafthauses mit sofortiger Verlegung zu reagieren.

Bisher wagte keine Seele in der Riege lokalpolitischer Alternativ-Größen einmal auf den Tisch zu hauen und das Faktum anzusprechen, daß hier Flüchtlinge, zusammengepfercht zu zweit in einer 8 qm-Zelle auch noch zum Sündenbock für diese Hetze werden. Die letzte öffentliche Empörung der "**Grünen**" kam bei der Düsseldorfer Stattzeitung **TERZ** in Form einer Protestnote gegen die Abholzung von Platanen am Rhein an... Da stimmt es schon nachdenklich, daß bisher einzig der **Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen** mittels Flugblättern in der einzig vernünftigen Form gegen den Abschiebeknast Stellung bezieht, nämlich mit der Forderung nach Bleiberecht und der Solidarisierung mit den Flüchtlingen. Was nun ansteht, ist sowohl Unterstützung der Abschiebehäftlinge, wie deutliche Absage an diesen "Bürgerprotest". Als in Rostock das Flüchtlingsheim brannte, gaben sich Berichterstatter in demagogischer Absicht dazu her, den live übertragenen Mordversuch als "Bürgerprotest" zu bezeichnen. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß dort die Unterscheidung zwischen organisiertem Nazi und "anständigem deutschem Bürger" im Fackelschein verschwand.

Gründungsparteitag der Deutschen Liga in Düsseldorf verhindert

Für den 27.01.1994 plante die **Deutsche Liga für Volk und Heimat** (DL) die Gründung eines Kreisverbandes Düsseldorf sowie eines Bezirksverbandes. Als Veranstaltungsort war das Vereinshaus (Gaststätte) eines Kleingartenvereins in Düsseldorf vorgesehen, in dem in der Vergangenheit schon des öfteren Veranstaltungen neofaschistischer Parteien stattfanden. Als auswärtige Gäste waren sowohl **Markus Beisicht**, DL-Ratsherr in Köln und Bundesvorstandsmitglied der DL, als auch der DL-Bundesvorsitzende **Harald Neubauer** im Gespräch. Ob diese allerdings ihre Teilnahme zugesagt hatten, ist nicht bekannt. Anmieter der Veranstaltungsräume für den Gründungsparteitag sowie für weitere Treffen war **Michael Koschka** aus Düsseldorf, seit Sept. 1993 Beisitzer im DL-Landesvorstand NRW ("Beauftragter für Niederrhein"). Es gelang der DL allerdings nicht, die Veranstaltung vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Die Information sickerte 2 Tage vor dem 27.01. durch. Der **Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umland** rief zu einer Blockade des Veranstaltungsortes auf, an der sich über 150 Menschen beteiligten. Die DL zog es deshalb vor, erst überhaupt nicht anzureisen und sagte den Gründungsparteitag kurzfristig ab. Auch der Pächter des Vereinshauses machte einen Rückzieher. Er habe von dem Charakter der Veranstaltung nicht gewußt, wußte er mitzuteilen und zog seine Zusage an die DL zurück. Seine Unwissenheit darf aber stärkstens angezweifelt werden, hatte er doch erst im November den Düsseldorfer **Republikanern** Räumlichkeiten für deren Kreisparteitag zur Verfügung gestellt.

Demonstration zur Kreiszentrale der Düsseldorfer REPs

Anläßlich des Jahrestages der Machtübertragung an die Nazis am 30.1.1933 rief der **Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen** gemeinsam mit einer Reihe weiterer Organisationen für den 29.01.94 zu einer Demonstration in Gerresheim (Düsseldorfer Stadtteil) auf. In den Hinterräumen einer Gerresheimer Videothek, die dem Kreisvorsitzenden, stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bundestagskandidaten der REPs, **Richard Staginus**, gehört, befindet sich die Kreisgeschäftsstelle der Düsseldorfer Republikaner. Hierauf aufmerksam zu machen, war eines der Anliegen der Demonstration. An der Demo nahmen ca. 650 Menschen teil, eine für Düsseldorf zufriedenstellende Beteiligung, zumal die Demonstration im Vorfeld von Seiten der Lokalpresse totgeschwiegen wurde. Dafür unterrichtete das Nationale Infotelefon in Hamburg die "nationale Szene" über die geplante Demo und rief zum Schutz der REP-Zentrale auf. Diesem Aufruf folgten allerdings nur ca. 20-30 Kameraden und einige "Ermittler" der **Anti-Antifa.** Den Schutz übernahmen an ihrer Stelle staatliche Anti-Antifa-Einheiten aus Düsseldorf, Essen und Wuppertal. Drei bis vier Hundertschaften sorgten sowohl dafür, daß den Republikanern und deren Geschäftsstelle kein Haar gekrümmt wurde als auch, daß einige Kilometer Film über die DemoteilnehmerInnen gedreht wurden. Von Seiten der Veranstalter wurde die diszipliniert verlaufende Demonstration dennoch als Erfolg gewertet. In Zwischenzeit dürfte Richard Staginus und damit auch die REPs einige Umsatzeinbußen zu beklagen haben, da vielen GerresheimerInnen die Existenz der Kreisgeschäftsstelle vor der Demo nicht bekannt war. Freudenschreie dürften ihm übrigens auch nicht die zwei 10-Kilo-Steine entlockt haben, die laut Lokalpresse einige Tage später den Weg durch die verschlossenen Schaufensterscheiben in die Verkaufsräume gesucht und gefunden haben sollen.



Polizei am Rande der Demo

Ernie und Bert auf der Flucht

Ein Faltblatt (siehe Foto), das Fotos, Adressen, Tel.-Nummern und eine Reihe von Informationen über die Drahtzieher bei den Düsseldorfer **REPs** behinhaltet, war Stein des Anstoßes für deren Düsseldorfer Kreisverband. Zwei Strafanzeigen gegen die "Terrorliste"wurden erstattet. Die eine gegen die unbekannten VerfasserInnen und die zweite gegen ein Jugendzentrum, in dem ein Exemplar aufgetaucht sein soll. Die Ermittlungen gegen das Jugendzentrum wurde allerdings wegen "Nichtigkeit" erst gar nicht aufgenommen. Der Ex-NPD-ler und heutige Stadtratsmitglied (REP) **Jürgen Krüger** war mit 4 (!) Polizeibeamten im Schlepptau (davon 2 von der politischen Polizei) im Jugendzentrum aufgetaucht und hatte die Beschlagnahmung des "Beweisstückes" "angeordnet". Selbst die monatlich erscheinende Düsseldorfer Stattzeitung **TERZ**, von den REPs sonst immer als "Zentralorgan der linksextremen Szene in Düsseldorf" beschimpft, beteiligt sich seitdem an der fieberhaften Suche nach den ÜbeltäterInnen. In ihrer April-Ausgabe konnte sie bereits erste Fahndungserfolge präsentieren. Hier ein Auszug aus dem diesbezüglichen Artikel: "Bei genauerer Betrachtung dieses Faltblattes kommen die kriminologischen Defizite der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft offen zutage, denn so unbekannt scheinen die 'Gesinnungstäter nun doch nicht zu sein. (...) Zudem sind zwei Personen (...) sogar mit Bild erkennbar. Intensive Recherchen unsererseits ergaben, daß es sich hierbei um die beiden unter dem Pseudonym 'Ernie und Bert im Fernsehen regelmäßig auftretenden Personen handelt. Auf Anfrage wurde uns dies nicht nur bestätigt, sondern darüber hinaus zugegeben, daß diese Personen auch für den Aufruf "Wer-Wie-Was, Der-Die-Das" verantwortlich sind. Allerdings wurden seitens der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten datenschutzrechtliche Behauptungen vorgeschoben, um den bürgerlichen Namen dieser Personen zu decken. Hier scheint sich die Vorstellung der REPs wie auch von Teilen der CDU zu bewahrheiten, daß eine Form des Komplotts von jüdischer und linksextremer Seite in den Medien existiere." Für Menschen, die sich an der Fahndung nach den bürgerlichen Namen von Ernie und Bert beteiligen wollen, stellt TERZ zu Dokumentationszwekken eine Kopie des Machwerks zur Verfügung, ja bietet sogar denjenigen ein Jahresgeschenkabo an, die sachdienliche Hinweise geben (Kontakt: TERZ, Mulvanystr. 38, 40239 Düsseldorf). TERZ lehnt es aber ausdrücklich ab, "daß diese Liste dazu benutzt wird, die abgebildeten REPs mit quälenden Fragen zu belästigen oder sie gar mit anonymen Schmähanrufen in ihrer parteipolitischen Arbeit zu stören. Dies ist umso undemokratischer und hinterhältiger, als daß den Geschädigten noch nicht einmal eine Fangschaltung etwas nützt, wenn derartige Handlungen von öffentlichen Telefonzellen aus begangen werden."

In diesem Sinne: "Gegen Extremismus und Gewalt - für eine Gemeinschaft aller selbsternannten Demokraten!"



Dokumentation der Düsseldorfer "Terrorliste"

Freie Wählergemeinschaft aufgelöst

Nachdem die Freie Wählergemeinschaft (FWG, siehe. ANTIFA-NRW-ZEITUNG Nr. 1 u. 2) aufgrund öffentlichen Drucks und interner Querelen immer mehr in Richtung politisches Aus manövriert war, ist sie dort nun endgültig angelangt. Beide Stadtratsmitglieder (**Herbert Zaunbrecher** und **Petra Lauer**) legten Mitte März ihre Mandate nieder und lösten die FWG damit auf. Nachgerückt sind nun 2 Mitglieder des REP-Kreisvorstandes (zur Erinnerung: Die FWG war eine Abspaltung der Düsseldorfer REPs): Der Ex-NPD'ler **Jürgen Krüger** und **Christel Ballay**. Ausschlaggebend für die Auflösung der Ratsfraktion war wohl, daß Petra Lauer, der es schon seit längerer Zeit nicht behagte, öffentlich in die richtige Ecke gestellt zu werden, sich nun durchgerungen hatte, Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten. Nachdem ihr Friseursalon am Frauenstreiktag dann noch einen Glasschaden erlitt, schritt sie zur Tat und reichte ihren Rücktritt ein. Der Fraktionsstatus war somit dahin, was wohl der Grund dafür ist, daß auch der Ex-CDU'ler und Ex-REP Zaunbrecher zurücktrat. Letzterer aber hat wohl nicht vor, sich aus der Politik zurückzuziehen. Nachdem ihm sowohl ein Zurück zu den REPs als auch ein Einmogeln in die Stattpartei verwehrt wurde, scheint er nun bestrebt zu sein, eine neue kommunale Wählergruppe aufzubauen. Zaunbrechers Machenschaften gingen schon in der Vergangenheit erheblich weiter als öffentlich bekannt wurde. Im Düsseldorfer "Millionärsprozeß" (der seit längerer Zeit vermißte Baulöwe **Simon** soll ermordet worden sein) sagte der des Mordes angeklagte **Hansen** aus, Simon sei passives Mitglied der REPs gewesen und habe von Zaunbrecher Tonbandmitschnitte von nichtöffentlichen Sitzungen erhalten, bei denen es um längerfristige Bauprojekte ging. Sollte dies stimmen, ist es wohl nicht schwer zu erraten, von welchen Geldern sich Zaunbrecher und sein politisches Umfeld ein sicherlich nicht unerhebliches Zubrot organisierte. Man darf gespannt sein, was da noch alles ans Tageslicht kommt.

Insgesamt läßt sich z.Zt. feststellen, daß es Bestrebungen gibt, aus der FWG-Konkursmasse heraus diverse Neugründungen vorzunehmen: Die Unabhängigen, DSU-Kreisverband Düsseldorf und Freie Bürger Union seien hier als Beispiele angeführt. In allen diesen Orga-



Jürgen Krüger



Christel Ballay

nisationen sind ehemalige REP- und/oder FWG-FunktionsträgerInnen zu finden. Der Freie Bürger Union sitzt z.B. das ehemalige FWG-Vorstandsmitglied **Brigitte Rensch**, zuvor Sekretärin und dann Nachfolgerin von **Torsten Lemmer** als FWG-Fraktionsgeschäftsführer, vor. Gegründet wurde diese FWG-Nachfolgeorganisation auf Initiative von **Ortwin Lowack**, Ex CSU-Abgeordneter. Es scheint sich abzuzeichnen, daß sich früher oder später ein neues rechtes Bündnis gründen wird, das vereint und in Konkurrenz (?) zu den REPs zu den Kommunalwahlen antreten wird.

Roma-Protestlager am Landtag von der Polizei verhindert

Bereits im Keim erstickt wurde der Versuch von Romafamilien, am Ostersonntag nach 1991 ein zweites Protestlager am Landtag zu errichten. Die Roma wollten mit diesem Lager gegen die Abschiebepraxis und für ein dauerhaftes Bleiberecht demonstrieren. Nachdem von Seiten der Polizei deutlich gemacht wurde, daß sie auf jeden Fall zwangsräumen würde, wurde das Lager wieder abgebrochen.

Prozeß gegen 2 Düsseldorfer Antifaschisten

"Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchte Gefangenenbefreiung" im Rahmen einer Demonstrationen gegen eine Kundgebung der REPs am 30.5.1992 in Bonn/Bad Godesberg: So lautete die Anklage gegen zwei Antifaschisten aus Düsseldorf. Nachdem die Angeklagten Strafbefehle über jeweils 1000,- DM abgelehnt hatten, kam es am 22.02.94 zum Prozeß vor dem Bonner Amtsgericht. Im Verlauf der Zeugenvernehmung stellten sich rasch eine Reihe von Widersprüchen in den Aussagen der "beteiligten" Polizeibeamten heraus. Das angeblich vorhandende Beweismaterial lag zudem bei der Gerichtsverhandlung nicht vor, "könne aber bei einem weiteren Prozeßtermin nachgereicht werden." Der Prozeß endete mit einem "Vergleich": 300,- DM muß nun jeder der beiden Beschuldigten an die Staatskasse zahlen.

Demonstration im Düsseldorfer Flughafen

"Alle reden vom Krieg - wir fliegen sie hin"; dies war das "Motto" einer Demonstration im Düsseldorfer Flughafen, der schon jetzt als zentaler Abschiebeflughafen bezeichnet werden kann und muß. Ca. 200 Menschen, darunter viele Roma und Mitglieder verschiedener Flüchtlingsgruppen protestierten am 10.03.94 gegen die Abschiebung tausender Flüchtlinge, darunter Kosovo-AlbanerInnen und Kriegsdienstverweigerer aus Serbien und Montenegro, zurück in den Krieg und zurück in die Armee. Bei der Flughafen-Aktion wurde eine Abflughalle anderthalb Stunden lang besetzt., mit Megaphonen die Fluggäste über den Anlaß der Aktion informiert und Tonbandaufnahmen von Maschinengewehrsalven abgespielt. Es kam zu Verzögerungen im Abflugverkehr. Bevor ein massives Polizeiaufgebot die Abflughalle räumen konnte, zogen sich die DemonstrantInnen zurück.

Prozeß gegen Skinheads

Mit einer Haftstrafe von 4 Monaten wegen gefährlicher Körperverletzung, Geldstrafen zwischen 900 und 1.200 DM wegen Beleidigung und Nötigung sowie 50 Arbeitsstunden wegen Nötigung endete Ende Februar ein Prozeß gegen vier Düsseldorfer Skinheads. Die Verurteilten quittierten dieses Urteil mit zufriedenem Grinsen. Sie waren am 19.03.93 an einem Überfall auf einen Studenten aus Kamerun in einer Straßenbahn beteiligt. Der Student wurde von den Skins getreten, gewürgt und geschlagen. Die übrigen Fahrgäste machten keinerlei Anstalten, dem Opfer zu Hilfe zu kommen. Sie rieten ihm lediglich, an der nächsten Haltestelle die Straßenbahn zu verlassen, verhinderten aber auch nicht, daß die Skins ihrem Opfer folgten und erneut zusammenschlugen.

Unitarier-Treffen abgesagt

Am Sonntag den 24.4. wollte sich die **Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft** (DUR) im Düsseldorfer Nobel-Hotel Nikko mit über 100 TeilnehmerInnen, anläßlich ihres Unitarier-Sonntags, treffen. Die DUR ist die direkte Nachfolgerin der "Deutschen Glaubensbewegung", Hauptinstrument der Nazis im Kirchenkampf. Die Aktivitäten der DUR stehen seit ihrer Gründung in direktem organisatorischen und persönlichen Bezug zur deutschen Neo-Naziszene. Der Begriff "Nazi-Sekte" habe "den erforderlichen Sachbezug" zur DUR-Realität und sei daher zulässig, urteilt das OLG Hamburg in einem Berufungsverfahren. So ist auch der Ex-FWG-Vorsitzende **Kurt Winter** auch der Chef der Düs-

seldorfer Unitarier. Auf diese und weitere Punkte der DUR-Wirklichkeit wies der Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen in einem offenen Protestbrief an die Geschäftsführung des Hotel Nikko hin und stellte eventuelle Gegenaktivitäten in Aussicht. Dies ließ die Hotelleitung zuerst unbeeindruckt und sie gab bekannt, daß sie kein politisches Treffen vermute und sie die DUR-Veranstaltung wie "jedes andere Tagungs- und Bankettgeschäft" abzuwickeln gedenke. Die Nachfragen der von der Antifa aufgescheuchten Presse und ein Gespräch des Wirtschaftsdirektors mit dem von der Antifa bereits aus Düsseldorf-Eller vertriebenen Kurt Winter bewog die Hoteldirektion im "Einverständnis mit der DUR" das Treffen ersatzlos zu stornieren.

Düsseldorf: Kanonenfutter fürs Militär

Für Aufsehen sorgten Behörden, Landes- und Bundesregierung, die im März selbst Deserteure in die durch extremen Nationalismus aufgeheizten Regionen Rest-Jugoslawiens abschieben wollen. Die Abschiebungen scheiterten in letzter Minute.

Von Abschiebung bedroht waren alle Flüchtlinge aus den Bundesstaaten Serbien, Montenegro und Kosovo einschließlich der Kosovo-AlbanerInnen, die unter anhaltenden Spannungen zu leiden haben. Ein Abschiebestopp der nordrhein-westfälischen Landesregierung für diese jugoslawische Bevölkerungsgruppe bestand bis Ende letzten Jahres. Immer wieder kamen in der jüngeren Vergangenheit Befürchtungen auf, daß sich der Bürgerkrieg auf den Kosovo oder auf die Grenzregion von Serbien und der Republik Makedonien ausweiten könnte. Dennoch sollte abgeschoben werden.

Nach der seit 1991 gültigen Version des Ausländergesetzes können Bundesländer für längstens sechs Monate Abschiebestopps verhängen. Danach muß die Innenministerkonferenz entscheiden. Dort weht jedoch unter Vorsitz des CDU-Rechtsaußen **Manfred Kanther** ein anderer Wind als in einigen SPD-regierten Bundesländern. Regelmäßig laufen Abschiebestopps aus.

Die einzelnen Städte haben nur eingeschränkte Möglichkeiten, Abschiebungen zu verhindern. In jedem einzelnen Fall sollten sie laut Anweisung von Innenminister **Schnoor** prüfen, ob Flüchtlingen durch die Abschiebung Gefahren für Leib und Leben drohen. In der Praxis werden seit der Einschränkung des Grundgesetzes Abschiebungen verschärft durchgeführt. Eine Haftstrafe für einen Deserteur wird von den Ausländerämtern in der Regel nicht als Hindernis für eine Abschiebung angesehen. Generelle Abschiebestopps können Städte nicht verhängen.

Bislang scheiterten Abschiebungen nach Rest-Jugoslawien an dem Flugverbot der UNO. Abschiebungsstrategen entwickelten dann ein Konzept, nach dem Flüchtlinge zunächst per Flugzeug nach Rumänien geschafft und dann per Bus nach Rest-Jugoslawien verfrachtet werden sollten. In NRW wurde die Organisation vom Regierungspräsidium Düsseldorf übernommen, das besondere Beziehungen in Form von Entwicklungshilfe zu Rumänien unterhält. Die Bundesländer Hamburg und Hessen hielten diese Form der Abschiebung für nicht akzeptabel und beteiligen sich nicht.

Das erste Flugzeug aus NRW sollte am 10. März starten. Die rumänische Regierung machte jedoch kurzfristig einen Strich durch die Rechnung und die Maschine blieb am Boden. Die RumänInnen befinden sich in der Zwickmühle. Einerseits sitzen sie im Verhältnis zur deutschen Regierung am kürzeren Hebel, andererseits sind sie an guten Beziehungen zu Serbien interessiert, daß gegen die geplanten Abschiebungen protestierte.

Parteitag ungehindert stattgefunden

Am 20. März'94 fand der Landesparteitag der NPD im Borbecker Schloß in Essen statt. War dies Treffen unbemerkt abgelaufen, so hatte es wenigstens im Rat der Stadt einen Wortwechsel zur Folge. Es wurde behauptet, daß der Landesparteitag der NPD unter falschem Namen angemeldet worden wäre und so Planungsdezernent **Schulte**, habe sich die Verwaltung im Rahmen geltenden Rechts bewegt. Und Herr **Königshofen** von der CDU war auch dagegen, solche Treffen öffentlich zu machen, denn "wir wollen hier keine Auseinandersetzungen und Kloppereien mit Gegendemonstranten".

So wurde klar, daß der Ratsbeschluß der Stadt Essen vom 25.Februar 1987, den Faschisten keine öffentliche Räume zu überlassen, schon längst Altpapier ist. Und als solches ist auch die nachträgliche Verurteilung des Stattfindens des NPD-Parteitags durch den Rat der Stadt Essen zu sehen.

Essen

Naziszene aktiv

In der Öffentlichkeit unbemerkt konnte sich in Essen-Borbeck eine Naziszene entwickeln, die in letzter Zeit durch immer brutalere Überfälle von sich Reden macht. Schwere Körperverletzungen an alternativen und linken Jugendlichen sind zur Normalität in Borbeck geworden. Zur Verdeutlichung ein Aufzählung von Vorfällen, die sich beliebig fortsetzen ließe:

Zwei Mädchen werden am 5.2. von drei Nazifrauen in Borbeck-Mitte zusammengetreten.
Ein Jugendlicher wird am 13.2. im Karstadt-Parkhaus zusammengeschlagen und -getreten. Die Schuhe der Nazis waren extra mit Nägeln präpariert.
Am Rüttenscheider Stern marschieren am 14.2. ca. 100 rechtsradikale Jugendliche auf. Sie haben sich mit Hakenkreuzen, SS-Runen, **FAP**- und **DVU**-Aufnähern, sowie Reichskriegsfahnen ausgestattet. Einige Nazis der Borbecker Szene und **RWE-Hooligans** sind auch anwesend.
Am Borbecker Bahnhof wird am 15.2. ein Mädchen verprügelt, die auf Grund ihrer Verletzungen kaum mehr sehen kann.
Ein junger Mann wird am 18.2 aus dem Auto gezerrt und zusammengeschlagen. Nach einer zweistündigen Notoperation kommt er auf die Intensivstation. Eine Gesichtshälfte ist zertrümmert.

Diese Szene, die sich bis vor kurzem noch am Borbecker Bahnhof traf, besteht aus ca. 60 Leuten. Ein Teil von sind Mitglieder der **Republikaner**. So wurden in letzter Zeit auch überregional bekannte Parteifunktionäre der **REPs** in Borbeck gesichtet. Ansonsten fühlen sie sich der **"Braunen Front Borbeck"** oder den RWE-Hooligans **"White Pitbulls"** zugehörig.

Ein Ende dieser Angriffe ist nicht abzusehen, gehen die Nazis nun zusätzlich dazu über, Faschisten aus anderen Städte einzubeziehen in ihre Überfälle.

Langsam aber sicher regt sich auf antifaschistischer Seite der Widerstand. Vorwiegend Jugendliche und Kinder von ImmigrantInnen aus dem Stadtteil wollen sich diesen Terror nicht länger gefallen lassen.

Verfahren eingeleitet

Nun hat die Staatsanwaltschaft Essen doch Anklage gegen Frau **Ünver** aus Hattingen erhoben. Für den Brandanschlag auf ihr Haus am 5.6.1993 soll sie schuldig sein und ist so im März diesen Jahres von der Staatsanwaltschaft wegen schwerer Brandstiftung und Vortäuschung einer Straftat angeklagt worden. Im Namen der Familie Ünver gab der Anwalt daraufhin eine Presseerklärung ab, die dies Vorgehen der Staatsanwaltschaft als erneuten Angriff auf ein Opfer rassistischer Gewalt bezeichnet. Die Aufgabe Opfer zu schützen würde die Staatsanwaltschaft nicht gerecht. Der Anwalt äußerte sich des weiteren zu den Widersprüchen der Anklage und zu den fehlenden Ermittlungen zu Fremdtätern.

Grenzland

Nazis kandidieren zur Kommunalwahl

Unter Federführung von Funktionären der **NPD** und deren Jugendorganisation den **Jungen Nationaldemokraten** (JN) hat sich in Stolberg die **Deutsche Liste Stolberg**(DL-S) gegründet.

Hauptinitiatoren der neofaschistischen DL-S sind der JN Landesvorsitzende **Michael Prümmer** aus Stolberg-Schevenhütte und der hinlänglich bekannte **Wolfgang Nahrath** (Ex **Wiking Jugend** Bundesführer,NPD Bundesvorstand), der auch für die DL-S kandidieren will. Die DL-S ähnelt in ihren rassistischen Slogans und Forderungen der **Deutschen Liste für Volk und Heimat** aus Köln zu denen die örtlichen NPD/JN Kader in Kontakt stehen. Seit Ende 93 gibt die DL-S eine Zeitung unter dem Namen **"Neue Zeit"** heraus die nach Eigenangaben in einer Auflage von 1500 Stück gedruckt wird.

Michael Prümmer (mit Brille)

"Skinprojekt" endgültig eingestellt

Im Dezember 93 machten antifaschistische Gruppen öffentlich, daß in dem Projekt des Jugendamtes der Stadt Düren Neonazifunktionäre wie Sascha Wagner (JN-Bundesvorstand) und **Michael Prümmer** (JN-Landesvorsitzender) ein- und ausgingen und dort sogar Schulungen abgehalten wurden. In dem Projekt wurde Neofaschisten aus der ge-

ten Region die Möglichkeit gegeben sich in städtischen Räumen mit ihrem Umfeld zu treffen. Damit war das Ziel rechtsorientierte Jugendliche aus der rechten Szene zu lösen verfehlt. Vielmehr war es organisierten Neofaschisten, allen voran der JN gelungen städtische Anerkennung zu erlangen. So wurde z.B. der JN Landesvorsitzende Michael Prümmer als "rechtsgerichteter Jugendlicher" dem Ausländerbeirat der Stadt Düren vorgestellt. Durch das Öffentlichmachen dieser Fakten geriet das Jugendamt unter Druck und mußte das Projekt endgültig einstellen.

JN Bundesgeschäftstelle nach Stolberg verlegt

Im Anwesen der Familie **Nahrath** in Stolberg befindet seit Anfang 94 die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD). Leiter der Bundesgeschäftsstelle ist **Sascha Wagner** aus Herzogenrath Merkstein (bei Aachen). Hinter der FAX und Telefonnummer der JN Bundesgeschäftsstelle verbirgt sich Wagners Privatanschluß in Herzogenrath. Auf einem Flugblatt, das Wagner für die JN Bundesgeschäftsführung unterzeichnete, werden unter der Überschrift Anti-Antifa, Neofaschisten aufgefordert "Treffpunkte, Fotos, Adressen usw." von politischen Gegnern an die Bundesgeschäftsstelle zu schicken. Im Haus der Nahraths, von dem eine Vielzahl neofaschistischer Aktivitäten ausgehen, feierten am 20. April ca. 20 Nazis Geburtstag den Geburtstag Adolf Hitlers.

Neues von der Kölner DL

Der Wahlkampf der Kölner DL hat angefangen. Ihre Veranstaltungen und Stände werden mittlerweile von der Stadtverwaltung und Polizei erlaubt. Gleichzeitig übt die DL den Schulterschluß mit der militanten NS-Szene in dieser Stadt. Das ganze koordiniert sie von ihrem neuen Büro in der Deutzer Schaurtestr. 8.

Nachdem die DL aus ihrem alten Büro in der Innenstadt (Obermarspforten) letzten Sommer rausgeflogen ist, bekamen sie von der Stadt zwei Container in der Deutzer Kalker Str. aufgestellt. Aber auch dort entwickelte sich bald Widerstand gegen die rechtsradikalen DLer. Es kam zu regelmäßigen Demonstrationen von Antifagruppen und einer Nachbarschaftsinitiative gegen die DL. Dies schien die DL ziemlich zu stören, denn sie nutzten immer weniger die Container. Ihren Wahlkampf koordinierten sie stattdessen von einem konspirativ angemieteten Büro in der Schaurtestraße in Deutz. Dort hatten sie sich im Herbst/Winter 1993 als Naturschützer einen Kellerraum angemietet. Sie wollten anonym bleiben und hielten dort ihre wöchentlichen Treffen Mittwoch abends ab. Im März 94 kam es zu einer ersten Aktion von AntifaschistInnen gegen das neue Büro. Etwa 100 Menschen blockierten den Eingang und informierten die AnwohnerInnen mit Flugblättern über ihre neuen Nachbarn. Durch die in Mitleidenschaft geratenen Fenster des Büros konnte man in das Büro schauen, wo sich die Druckmaschine der DL befand und dessen Wände mit Plakaten der DL, der französischen **Front National** und flämischen Faschisten beklebt waren. Die Polizei zog ein großes Aufgebot zusammen, hielt sich jedoch zurück. Die auftauchenden DLer suchten schleunigst das Weite. Bei den AnwohnerInnen fand die Aktion großen Anklang. Dutzende meldeten sich später bei den im Flugblatt angegebenen Telephonnummern. Trotzdem versuchten die DLer weiterhin zu leugnen, daß das Büro von ihnen angemietet wurde und verteilten ein Flugblatt an die AnwohnerInnen, in dem sie sich als "**Seminargemeinschaft Peter Werntgen**" ausgaben. Da die AnwohnerInnen sich nicht für blöd verkaufen ließen, bildete sich auch dort eine Initiative, die eine Veranstaltung und eine Demo gegen die DL plant. Auch der Vermieter setzt darauf, die DL rauszuschmeißen. Er sprach eine fristlose Kündigung aus und will die DL wegen Betrugs verklagen. Die im Telephonbuch eingetragenen Nummern der "Seminargemeinschaft" (810525, 810573 und 810580 dienen seit Dezember 93 als Kontaktnummern des DL-Kreisverbandes.

Die Mieter, die sich als Naturschützer ausgaben, sind keine anderen als die DLer **Bernd Michael Schöppe, Michael Wiechert, Dieter Balk** und **Thomas Adolf**. Erstere drei sind allesamt im Landesvorstand NRW der DL, was darauf schließen läßt, daß das Büro in der Schaurtestraße auch gleichzeitig als Geschäftsstelle des NRW Landesverbandes dient. Trotz der Kündigung finden weiterhin die regelmäßigen Mittwochstreffen der DLer in den mittlerweile mit starken Gitterfenstern gesicherten Räumen statt. Dabei sind zwischen 20 und 30 Nazis anwesend (etwa 20 mit Schlips und Kragen und 10 Schlägertypen). Anfang April, wurden die DL-Container auf der Deutz-Kalker Str. durch einen Brandanschlag völlig zerstört.

Kölner DL und die militante NS-Szene

Nachdem bundesweit die DL auseinanderbricht, weil immer größere Teile in das militan-

te NS-Lager überschwenken, scheint sich auch in Köln diese Entwicklung zu vollziehen. In Köln gibt es schon länger runde Tisch Gespräche im rechtskonservativ bis rechtsradikalen Lager. DL und **FAP** sitzen dabei schon seit längerem zusammen. Seit über einem halben Jahr tauchen FAPler bei sämtlichen Aktionen und Treffen der DL auf. An einigen Stellen in der Stadt, wo sonst meist FAP-Aufkleber hängen, findet man in letzter Zeit die roten DL Aufkleber. Bei mehreren Treffen in der Schaurtestr. sind schon FAPler gesehen worden. So verwundert es nicht, daß die DL nach der ersten Antifaaktion gegen ihr neues Büro, einen Nazischlägertrupp von mindestens 20 Mann organisierte, der ihre zwei darauffolgenden Mittwochstreffen schützte. Dieser Schlägertrupp der 20 meist kurzgeschorenen und mit Kampfstiefeln ausgerüsteten Nazis zog dann in Gruppen durch Deutz und klebte offensiv die DL-Aufkleber. Eine Angestellte des um die Ecke liegenden Café Kram wurde beim Abnehmen eines DL-Aufklebers von mehreren DLern mit einer Eisenkette bedroht, ein anderer Gast des Cafés ist mit einer solchen angegriffen worden und entging nur durch Zufall einer Verletzung.

Auch die jüngste Aktion der DL, Steckbriefe mit voller Adresse gegen **Ralph Giordano** herauszugeben paßt in dieses Bild. Giordano hatte schon vorher mehrmals aus der militanten Kölner Naziszene Morddrohungen erhalten.

DL im Wahlkampf. Stadt Köln toleriert Naziveranstaltungen

Während die Stadtverwaltung und Polizei seit dem Anschlag in Solingen sämtliche öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen der DL verboten hatten, scheint die Schamfrist nun rechtzeitig zum Wahlkampf vorbei zu sein. Am 5.4. hielt die DL ihre Auftaktversammlung zum Kommunalwahlkampf ab. Lapidarer Kommentar der Kölner Polizei: Damit hätten sie nichts zu tun. Die endgültige KandidatInnenliste der DL, die auf diesem Treffen beschlossen werden sollte, kam noch nicht zustande. Es scheint weiterhin Streitereien im rechtsradikalen Lager zu geben.

Seit einem Jahr etwa durfte die DL keinen Infostand abhalten. Das Ordnungsamt hatte diese wegen "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" abgelehnt. Im März 94 entschied das Kölner Verwaltungsgericht jedoch zu Gunsten der DL und erlaubte ihre Stände. Seitdem hielt die DL jedes Wochenende Infostände in mehreren Stadtteilen und auf der Schildergasse ab. Vereinzelt wurde ihnen dank antifaschistischer Mobilisierung geholfen, ihre Stände etwas frühzeitiger abzubauen als geplant. Künftig soll eine antifaschistische Mobilisierung weitere Stände so weit wie möglich verhindern.

DL-Stammtisch für den Kölner Süden

Auch den Kölner Süden wollte die **Deutsche Liga** (DL) am 17.1. mit einem ihrer Stammtische beglücken. In der Bahnhofsgaststätte an der Haltestelle Rodenkirchen wollten sie eine Wahlversammlung abhalten. Dies wurde jedoch von etwa 80 AntifaschistInnen verhindert, die die Gaststätte blockierten. Als der Wirt vom eigentlichen Veranstalter erfuhr, distanzierte auch er sich von den Nazis und machte die Kneipe zu. Anschließend zog ein Demonstrationszug durch Rodenkirchen zu der neuen Wohnung von **Bernd Michael Schöppe**, der den Raum angemietet hatte. Schöppe ist einer der Köpfe der DL.

DLer vor Gericht.

Im März 93 hatte die DL eine ihrer "spektakulären Aktionen" initiiert. Sie setzte ein Kopfgeld auf die Ergreifung einer Roma Frau aus. Diese war vorher aus Köln ausgewiesen worden, aber wieder zurückgekehrt. Damals sah die DL sich als verlängerter Arm der Stadtverwaltung. Die Kopfgeldaktion löste viel Wirbel aus. Am 31.1. standen drei DLer vor Gericht, die beim Kleben der Kopfgeldplakate erst von Antifas und dann von der Polizei erwischt worden waren. Angeklagt wurden sie wegen Volksverhetzung, Amtsanmaßung und Beleidigung. Beim Prozeß wurde dann allerdings als allererstes der Vorwurf der Volksverhetzung fallengelassen. Auch die Beleidigung schied wegen Verjährung aus. So blieb denn nur noch die Amtsanmaßung, weswegen 2 DLer (**Eller** und **Schöppe**) zu Geldstrafen von 1600 und 800 DM verurteilt wurden. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen. Zu der Verhandlung hatte die DL mobilisiert und so erschienen viele Sympathisanten der Angeklagten.

Türkisches Ehepaar überfallen

In der Taunusstraße in Humboldt-Gremberg wurde am späten Abend des 21.1. ein türkisches Ehepaar von 3 Männern und 4 Frauen überfallen. Sie kamen den beiden auf der Straße entgegen, beschimpften sie erst mit rassistischen Sprüchen, zerrten dann den Mann auf einen Spielplatz, zogen ihn teilweise aus und würgten ihn mit seinem Hemd. Die Frau, die in eine Kneipe gelaufen war, um Hilfe zu holen, erhielt weder vom Wirt noch von den Gästen Unterstützung. Die Polizei mußte sie von zu Hause anrufen. Diese nahm die SchlägerInnengruppe später fest, ließ sie aber alle nach einer Personalienfeststellung wieder frei.

2 Tote bei Brandanschlag gegen Roma-Familie

In einem Notaufnahme-Wohnheim in Humboldt-Gremberg wurde am 26.1. gezielt gegen eine bosnische Roma-Familie ein Brandanschlag verübt. In Folge dieses Anschlags starben am 7.Februar die 61-jährige Raina Jovanovic und am 12.März die 11-jährige Jasminka, die beide zu Besuch bei der befreundeten Roma-Familie waren.

Die ermittelnde Polizei sah von Anfang an "keine Hinweise auf eine fremdenfeindliche Tat", obwohl die ersten Befragungen in der Nachbarschaft ergaben, daß es zum einen häufiger Streit zwischen der Roma-Familie und ihren deutschen Nachbarn gab und zum anderen die Stadt Köln selbst die Vertreibung der Roma-Familie betrieb, weil diese sich dort widerrechtlich aufgehalten haben soll.

Auf diesem Hintergrund schon von vornherein "keine Hinweise auf eine fremdenfeindliche Tat" finden zu können, beweist zu erstmal wieder nur die Voreingenommenheit der Kölner Sonderkommision, wie wir sie schon bei einigen anderen rassistischen Übergriffen feststellen konnten.

Daß die Brandstifter quasi als "Erfüllungsgehilfen" der Stadt Köln agierten, rief bei der Kölner Verwaltung nicht gerade Skrupel hervor. Zwei Tage nach dem Tod der 11-jährigen Jasminka wurde ihrer ganzen Familie die Abschiebung angekündigt. Begründet wurde sie damit, daß die Familie sich nicht korrekt ausweisen könne. Die Tatsache, daß diese Papiere beim Brandanschlag vernichtet wurden, spielte für die Stadt Köln keine Rolle.

Krach bei der DVU

Der Kölner DVU-Vorsitzende **Josef Etheber** hatte am 30.1. zu einer Mitgliederversammlung aufgerufen, bei der die Kandidaten für die kommende Kommunalwahl in Köln aufgestellt werden sollten. Von wegen also rechte "Einheitsliste der DL". Doch der im Bundesvorstand der **DVU** sitzende **Bruno Wetzel** verhinderte die braune Konkurrenz für die DL. Er setzte die DVU-Kandidatenaufstellung einfach ab. Der Bundesvorstand habe beschlossen, nicht an der Kommunalwahl in NRW teilzunehmen. Wetzel ist ein persönlicher Freund des Kölner DLers **Manfred Rouhs**. Er schmiß sich damit für Rouhs' DL gegen seine eigenen Parteifreunde aus Köln in die Bresche. Etheber war übrigens im letzten Jahr noch Funktionsträger bei der Kölner DL und hatte diese anscheinend im Streit verlassen. Bleibt abzuwarten, wie sich der Streit im rechtsradikalen Lager weiterentwickelt.

Rassistische Hetze gilt als Meinungsfreiheit

Erst war das 63jährige **REP**-Mitglied aus Leverkusen vom dortigen Gericht zu 4500 DM Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte ein übel rassistisches Pamphlet verteilt. Kostprobe: "Herr Asylbetrüger, na wie gehts? - Oh, ganz gut, bring Deutschen Aids...". Vom Kölner Landgericht wurde der REP allerdings am 8.2. freigesprochen. Richter Liptow konnte in dem Pamphlet nicht den Tatbestand einer Volksverhetzung erkennen. Auch der Staatsanwalt hatte auf Freispruch plädiert "im Sinne der Meinungsfreiheit".

Brandanschläge und Hakenkreuze bei Zollstock

Direkt zwei Brandanschläge am 21.2.von Unbekannten verübt. Es traf dabei ein türkisches Unternehmen und ein Squash-Center. Beide befinden sich einander direkt gegenüberliegend in der Sechtemstr. in Raderberg (umweit Zollstocks). An die Tür des türkischen Unternehmens wurde ein Hakenkreuz gesprüht. Etwas später brannte die Sportanlage "Squash 90" völlig aus. 12 Spielcourts, ein Sportbekleidungsladen, Bar und Rezeption wurden völlig zerstört. Die Täter hatten über 100 Liter Benzin in dem Gebäude verschüttet, das sich allerdings erst einige Stunden später durch eine Explosion entzündete. Der Inhaber der Sportanlage ist ein gebürtiger Nordafrikaner. Ein paar Wochen vorher hatten ihn Skins vor der Halle bedroht. Selbst die Polizei schließt diesmal fremdenfeindliche Motive nicht aus. Daß in unmittelbarer Nähe in Köln-Zollstock eine Gruppe der militanten **FAP** aktiv ist, auf deren Konto schon mehrere fremdenfeindliche Attacken gehen, ist seit Jahren bekannt. Die Kierbergerstr./Marktstr. die die direkte Verbindung von Zollstock zur Großmarkthalle ist, wo die beiden Brandstellen liegen, ist seitdem mit FAP-Aufklebern vollgepflastert.

DL und CDU gegen Kurden

Die DL kündigte am 30.3.mal wieder eine Demo an. Diesmal für "die Abschiebung aller straffällig gewordenen Kurden"... Die Demo wurde verboten. Zu ihrer Demo hatte die DL auch den Kölner Ratsabgeordneten der CDU **Albert Schröder** eingeladen. Dieser hatte genau einen Tag vor der angekündigten DL-Demo im Rat, im Namen der CDU-Fraktion, ein

Köln

hartes Vorgehen gegen "kurdische Gewalttäter" gefordert. Dazu schrieb **Markus Beisicht** in einem FAX: "Ich freue mich, daß die Kölner CDU zum wiederholten Male rechte Positionen übernimmt. Erfreulich wäre es, wenn es nunmehr zu einer engeren, nicht nur informellen Kooperation kommen könnte..." Die DL-Demo wurde jedoch verboten und es ließ sich keiner von ihnen am Veranstaltungsort an der Kalker Post sehen. Auch Albert Schröder wurde nicht gesehen.

Brand in DL-Container

Nachdem die DL in den letzten Monaten schon mindestens dreimal einen Brandanschlag auf ihre Bürocontainer in der Deutz-Kalker Straße gemeldet hatte, brannten sie am 9.4. wirklich. Der Schaden beträgt einige zehntausend Mark. Inwieweit Parteiunterlagen der DL verbrannten, oder ob sich diese mittlerweile in ihrem neuen Büro in der Schaurtestraße befinden, ist nicht bekannt.

"Spektakuläre Aktion" gescheitert

Die DL, die sich für den Wahlkampf mehrere "spektakuläre Aktionen" vorgenommen hatte, um in die Medien zu kommen sah ihre Chance gekommen. **Schönhuber** von den **REPs** und die NPD hatten unlängst erkannt, wer die eigentlichen Volksverhetzer sind. Keinesfalls sie selbst, sondern engagierte jüdische Menschen, wie der Vorsitzende des Zentralrates der Juden Ignatz Bubis, seien die rassistischen Hetzer im Lande. Da wollte auch die DL nicht abseits stehen. Sie verteilten am 17.4. einen Steckbrief gegen den in Köln wohnenden engagierten jüdischen Publizisten Ralph Giordano. Dabei nannten sie seine volle Adresse und Telephonnummer. **Manfred Rouhs** von der DL stellte gar eine Strafanzeige gegen Giordano wegen "Volksverhetzung und Beleidigung". Zum Pech der DL tauchte ihre Provokation in den Medien weitgehend nur als Kleinmeldung auf. Nur in der TAZ sorgten sie damit für einen Artikel auf der Titelseite.

Verantwortlich für den Steckbrief der DL, zeichnete "**Birgit Müller**" für die "Stadtteilgruppe der DL Köln-Bayenthal". Unter der angegebenen Adresse Bayenthalgürtel 3 befindet sich das Haus der rechtsradikalen **Burschenschaft Germania**.

Wir sind fassungslos

Über 1000 Menschen demonstrierten am 23.4. unter obigem Motto, gegen die geplante Abschiebung des 13jährigen Muzaffer Ucar. Der Junge, der bei seiner älteren Schwester in Köln lebt, hat Ende März den Ausweisungsbescheid erhalten. Der Kölner Oberstadtdirektor sieht im Aufenthalt von Muzaffer in Köln "eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit". In der Türkei müßte Muzaffer, dessen Vater tot ist und dessen Mutter sich seit 10 Jahren nicht mehr um ihn kümmert, in einem Heim untergebracht werden. Die DemonstrantInnen forderten ein Bleiberecht für ihn und alle weiteren, der etwa 105 in Köln lebenden Kinder und Jugendlichen, denen die Abschiebung droht.

Ostwestfalen

Die "Neugermanen" rücken nun endgültig ins Interesse der Antifa !

Aufgrund eines "Panorama" Berichtes über die Machenschaften einer heidnischen Gruppe, in der **Klausdieter Ludwig** und **Sigrun von Schlichting** zu den Hauptpersonen gehören, fand am 29.01.94 in Münsing (nahe München) eine Demonstration der - teilweise prominenten - Dorfbewohner statt. Ludwig und Schlichting gehören der **ANSE (Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas)** an, die eng mit dem Armanenorden verbunden ist. Organ der ANSE, ist die "Zeitschrift" **Huginn & Muninn (H&M)**, deren Ziel es ist, die Kontakte der einzelnen heidnischen Gruppen (die auch aus dem außereuropäischen Ausland kommen), herzustellen und zu festigen, sowie die Leserschaft auf den Rechten politischen Weg zu bringen. Dazu als Beispiel einige kurze Auszüge aus der H&M: "*Die Menschen mit den (blauen) Himmelsaugen und Sonnenhaaren kommen von anderen Sternen. Sie kamen auf unsere Erde um sie zu entwickeln. Ihre Religion und ihre Kultur ist stellar, astral um die Verbindung mit ihrer Heimat zu erhalten. ... Darum mischt euch nicht! Euer Aussehen ist Eure Geburtsurkunde*" (Klammern im Original, H&M 7/93). Die Antwort auf einen Leserbrief aus der JVA Schwarze Pumpe lautete: "*Lieber M., leider sind derzeit viele junge Menschen zu Höchststrafen verurteilt worden, weil man sie für angeblich ausländerfeindlich oder heimattreu hält. Seit 2000 Jahren hat sich nicht viel geändert: Das Recht des Stärkeren, bzw. was er dafür hält, setzt sich brutal durch. Die Kirche hat durch die 400 jährige Inquisation ebenfalls viel Machtmißbrauch auf dem Kerbholz, wie auch der Kommunismus in den 70 Jahren seines Bestehens. .... Insofern dürfte die Sympathisantenbewegung für ein System teuer werden, wenn es sich*

auf so unintelligente Weise die Bevölkerung zum Feind macht" (H&M 7/93). Die Antwort auf einen Leserbrief, der sich um Kontakt zu einem Gefangenen bemüht, der wegen Körperverletzung sitzt und aus seiner politisch rechten Einstellung keinen Hehl macht: *"Liebe Frau G.* ***van Malm****, Ihre Idee Kartengrüße an Festtagen an unsere Gefangenen zu schicken ist ganz großartig. Aber es können auch Briefe sein und natürlich Geschenke auch. Bücher über Heidentum, Religion und Kultur sind besonders erwünscht und auch Briefe von Mädchen und Frauen, die möglicherweise einmal als Partnerinnen infrage kommen ... Vielleicht wäre es unseren Leser/innen möglich, diese Leserbriefe ein bißchen herumzureichen, um Kontakte mit Gleichgesinnten jungen Leuten entstehen zu lassen"* (H&M 7/93).

Eine Werbung für das Projekt "Deutsche Heidensiedelung" des gerade erst aus der Haft entlassenen Rechtsterroristen Ernst Tag aus H&M 9-10/91) lautet:
"Aber natürlich brauchen wir die Fremdarbeiter
Sie füllen unsere Spitäler - unsere Sanatorien
Sie füllen preiswerte Wohnungen - unsere Straßen
Sie füllen unsere Kindergärten - unsere Schulhäuser
Sie füllen Kulturland mit Beton - unser Land zum Bersten
Sie füllen die Brieftaschen von Industriellen, Spekulanten und Bonzen!!!"

Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen, aber wir wollen noch auf die aktuellste Entwicklung eingehen. Ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt, versuchen sich die Heiden auf die Religionsfreiheit zu berufen und das scheint erfolgversprechend zu sein, wie sich aus dem Antwortschreiben von **Victor von Bülow**, einer der prominenten Demonstrationsteilnehmer in Münsing, ersehen läßt, das er an S. Schlichting schickte. *"Ihre auf dem keltischen Kulturkreis beruhende religiöse Überzeugung respektiere und achte ich....Da der Punkt 4 Ihres Briefes ("Kelten sind keine Nazis, laut Gerichtsurteil vom 09.05.85" S. Schlichting) Ihres Briefes beweist (!), daß Sie eine Gegnerin des nationalsozialistischen Gedankengutes sind, werden Sie mich stets an Ihrer Seite finden, wenn es um das Recht auf Ihre religiöse Überzeugung geht"* (Hervorhebung von Verfasser). Wenn es allerdings um Personen wie Ludwig (siehe nebenstehenden Kasten über Klausdieter Ludwig), und seine GesinnungsgenossInnen geht, ist getrost davon auszugehen, daß es sich bei dieser "Religion" tatsächlich um den Versuch der Restaurierung rassistischer, nationalistischer Politik handelt. Offene Kontakte zu neofaschistischen Kreisen (Nebenüberschrift) Die letzten Schranken scheinen bei den **Armanen** nun gefallen zu sein, denn anläßlich ihres Ostara Things in Spangenberg am 03. + 04.04.94, trafen sich in der Gaststätte "Zum Grünen Baum" Burschenschaftler, Vertriebene und auch der "Führer" der inzwischen verbotenen **Nationalistischen Front, Meinolf Schönborn.**

Sind solche Gruppen noch als Religionsgemeinschaften zu bezeichnen? Das verneinten anscheinend auch Menschen aus Berlin, die das dortige Zentrum der **Heidnischen Gemeinschaft** (organisiert in der ANSE) in Lichterfelde, unbenutzbar machten. Der Heidnischen Gemeinschaft gehören in Berlin u.a. **Michael Pflanz**, der in der NPD organisiert war und **Matthias Wenger** an, der zum rechtsradikalen **Asgardbund** des **Arnulf Priem** gehört(e). Ludwig ist Bundesvorsitzender und Hochschulgruppenleiter des **"Bundes Nationaler Studenten"** (BNS), Initiator und Mitbegründer des apartheidsfreundlichen **"Hilfskomitees Südliches Afrika"** (HSA) sowie der **"Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft"** (DESG), bis hin zum Aktivposten der **"Solidaristischen Volksbewegung"** (SOL) Er hat auch die Zustellanschrift des **"Deutschen Rechtsbüros"**, eines Zusammenschlusses von rechtsextremistisch eingestellten Juristen sowie von juristisch interessierten Personen aus diesem Milieu, deren Postfach bisher in Hamburg war, nach Münsing geholt. Parteipolitisch hat Ludwig seinen Platz in der **"Deutschen Liga für Volk und Heimat"** (DL) gefunden. Auf dem 2. ordentlichen Landesparteitag der bayerischen DL (11. September 1993) wurde er in München zum Schatzmeister gewählt. Er ist am 08.05.92 auf der Jahrestagung der **Gesellschaft für freie Publizistik** (GfP) zum Beisitzer im GfP-Vorstand gewählt worden. Die GfP ist laut Verfassungsschutz die größte rechtsextreme Kulturvereinigung.



Huginn und Muninn

Brandanschlag in Bielefeld

Am 20.04.1994 verübten sechs 14-16jährige Jugendliche einen Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung, der Haftrichter erließ in allen sechs Fällen Haftbefehl. (Einleitung)

Nach bisherigem polizeilichen Ermittlungsstand planten sie den Brandanschlag gemeinschaftlich, wobei der Haupttäter vermutlich ein 16jähriger Jugendlicher aus dem Ort Steinhagen ist. Er soll den Molotow - Coktail in das Haus geworfen haben. Weiterhin sind seine Kontakte zur Steinhagener Nazi Szene um **Bernd Stehmann** und **Thomas Hainke** bekannt. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurde in seiner Wohnung Propagandamaterial u.a. der **"Westfalenfront"** (eine Organisation des **GdNF** Kaders **Bernd Stehmann)** sichergestellt, am Haupttreffpunkt der Täter wurde ein Erddepot mit einer Hakenkreuzfahne, **FAP** Propagandamaterial sowie Fotos von FAP Veranstaltun-

Ostwestfalen

gen gefunden. Am nächsten Tag fanden Solidaritäts - Demonstrationen von SchülerInnen aus Bielefeld mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen statt. Für den 23.04. riefen antifaschistische Gruppen zu einer Demonstration in Bielefeld auf, an der 2000 - 3000 Menschen teilnahmen. Auf der gleichzeitig angesetzten "Konkurrenz"kundgebung, zu der die Bielefelder Ratsparteien und der DGB aufgerufen hatten und die an anderem Ort stattfand, verliefen sich ca. 200 Leute.

Freispruch für rechte Hetzparolen

Der Richter **Rudolf Siepmann** am Landgericht Paderborn sprach drei Männer im Alter zwischen 23 und 28 Jahren vom Vorwurf der Volksverhetzung frei. Sie waren vom Amtsgericht Münster in erster Instanz zu 9000 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil sie zusammen mit 30 gleichgesinnten Rechten im Oktober 1993 grölend vor ein Übergangswohnheim in Bad Driburg gezogen waren. Die dort gebrüllten Parolen wie "Ausländer raus" und "wir wollen keine Asylantenheime" (riefen sie auch "schweine" ??) stellten nach Meinung des Paderborner Richters keine Diskriminierung dar. Die Angeklagten hätten mit ihren Parolen eine verbale Kurzform für das gefunden, was viele Deutsche meinen, daß nämlich zu viele Ausländer hier leben. Das scheint der Richter ebenfalls zu denken, wenn er mit so viel Verständnis auf diese Verbalattacken reagiert.

Naziangriff zurückgeschlagen

Am letzten Aprilwochenende griffen vier Skinheads ein Flüchtlingswohnheim in Paderborn an. Mit einer Schußwaffe bewaffnet griffen sie Jugendliche an, bevor sie jedoch schlimmers anstellen konnten, wurden sie von zur Hilfe eilenden Bewohnern in die Flucht geschlagen. Ein schönes Beispiel für antirassistische Selbsthilfe. Weiter so !!

Abschiebeknast eröffnet

In der Westfälischen Kleinstadt Büren, nahe Paderborns, steht der bisher größte Abschiebeknast der ganzen BRD. Er ist vor kurzem eingerichtet worden für 600 Gefangene und liegt in einem Wald, 8 km außerhalb Bürens. Diese von aller Welt abgeschiedene ehemalige Kaserne wurde ausgesucht, nachdem die zahlreichen Selbstmorde, Gefangenenmißhandlungen, Unruhen und Inbrandsetzungen der Zellentrakte in den anderen Knästen nicht mehr so gut zu verheimlichen waren. Spärlich und ein Tropfen auf dem heißen Stein konnten Flüchtlingsgruppen bei anderen Knästen doch etwas Öffentlichkeit schaffen. Dies soll durch die Ortswahl und den "Schwarze Sheriffs" der "**Security Kötter**" aus Essen unterbunden werden. Außerdem werden immer mehr Menschen aus der BRD "abgeschoben", so daß sich die SPD-Landesregierung mal wieder ihrer Vorreiterrolle in repressiver Flüchtlingspolitik verpflichtet sieht. Die mittlerweile 400 Flüchtlinge, die unter härteren Bedingungen als Strafgefangene, ohne Dolmetscher,Freizeit- und Sozialangebote dort einsitzen haben nichts weiter verbrochen als zu uns vor Hunger, Unterdrückung, Folter und Mord zu fliehen. Und dort hin sollen sie wieder abgeschoben werden. So kommt es immer mehr zu Selbstmordversuchen und Selbstzerstümmelung im Knast. Der Personalratsvorsitzende der **ÖTV Bernd Schäfer** dazu: "Selbstbeschädigungen sind an der Tagesordnung. ... Blut fließt hier jeden Tag".

Schwerte

SEK-Sturm auf Flüchtlingswohnheim

Das Flüchtlingswohnheim in Schwerte-Wandhofen wurde am 13.3. durch zwei Sondereinsatzkommandos der Polizei gestürmt. Dieser äußerst brutal durchgeführte Einsatz, der übrigens vermummt, mit Pistolen im Anschlag und ohne Durchsuchungsbefehl durchgeführt wurde, forderte mehrere Verletzte. Vorausgegangen war eine Routinekontrolle der Ausländerbehörde, wo bei osteuropäischen Besuchern geringe Mengen Drogen, eine Handgranate und eine abgesägte Schrotflinte gefunden wurde. Die Ausländerbehörde nahn neun Personen vorübergehend fest, sie wurden aber am nächsten Tag freigelassen.

Laut Angaben der Stadt beläuft sich der Schaden an städtischen Eigentum, der durch den SEK-Sturm entstanden ist, auf 6000 DM. Der Stadtdirektor fragte nach der Besichtigung, "welche Vandalenhorde denn hier durchgezogen sei".

Solingen

DHKKV eine terroristische Vereinigung?

Der rechtsradikale Solinger Kampfsportverein "**Deutscher Hochleistungs-Kampfkunstverband**" räumte Ende März in einer Nacht und Nebel-Aktion seine bisherigen Vereinsräume in Solingen-Gräfrath. Der rechtsorientierte Verein des Trainers **Bernd Schmitt** war in die Schlagzeilen geraten, weil die vier Verdächtigen des Solinger Brandanschlags am

Solingen

Nahkampftraining teilnahmen oder für eine Mitgliedschaft angemeldet waren.

Das Inventar des Vereins wurde am 22. März spätabends außerhalb der regulären Öffnungszeiten in die Güterverladung des Ohligser Bahnhofs geschafft. Nach Auskunft von Angestellten der Bundesbahn wurden die Güter von einem Mitarbeiter eines privaten Ladeunternehmens in einer Ecke der Güterhalle abgestellt. Die Firma hat Zugang zu der Halle. Die verantwortliche Person will angeblich nicht gewußt haben, worum es sich bei den Gütern im Umfang einer LKW-Ladung handelt. Zur Klärung der Vorgänge schalteten Mitarbeiter der Güterabfertigung den Bundesgrenzschutz, Abteilung Bahnpolizei ein.

Das Training stellte der Kampfsportverein nach dem Brandanschlag Pfingsten letzten Jahres ein. Bei einem Prozeß im Oktober letzten Jahres in Solingen wurde jedoch deutlich, daß die nationalistische Gruppe weiter besteht. Dies deckt sich auch mit Informationen des "Solinger Tageblatt", welches unlängst von der Beschlagnahme von 55. 000 Seiten Aktenmaterial über den "DHKKV" berichtete. Aus diesen Akten gehe hervor, daß der "DHKKV" immer noch als bundesweite Organisation mit zur Zeit etwa 700 Mitgliedern existiere. Darüberhinaus sollen Skizzen von Häusern in Bonn, Köln und Wuppertal gefunden worden sein, die größtenteils von Ausländern bewohnt werden, Anleitungen zum Bau von Molotow-Cocktails, sowie Adressen von Antifa-Leuten. Weiterhin wußte die Zeitung von glänzenden überregionalen Kontakten zu führenden Persönlichkeiten des deutschen Nazi-Netzwerks wie Worch und Althans zu berichten und von einer beachtenswerten technischen Ausstattung. Der DHKKV besitze ein sechsköpfiges Führungsgremium, darunter zwei Solinger, die Zentrale sei jedoch nicht in Solingen, sondern in Mainz. Aufgrund des Fundes werde geprüft, ob es sich beim "DHKKV" um eine terroristische Vereinigung handle.

Wuppertal

Antisemiten wegen Mord verurteilt

Mörder von der NF geschult?

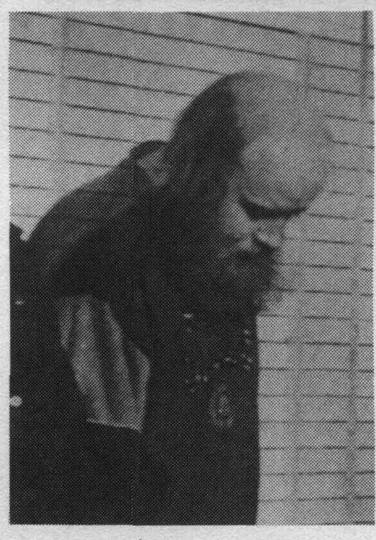
Wegen Mißhandlung und Mord an Karl Hans Rohn wurden zwei Wuppertaler Skinheads zu langen Haftstrafen verurteilt. Mit antisemitischen Parolen hatte sie der Wirt der Kneipe "Laternchen" angefeuert, der nun ebenfalls lange hinter Gitter soll. Ursprüngliche verharmlosende Darstellungen des Wuppertaler Oberstaatsanwalts Rosenbaum, der den Mord als Ergebnis einer wüsten Sauferei dargestellt hatte, erwiesen sich als nicht haltbar.

Der 53jährige Rohn fiel keinem gezielten rechtsradikalen Anschlag zum Opfer, aber Tätern, die in einem "vom Alkohol enthemmten Moment genau nach rechtsradikalem Muster" handelten. Das Gericht verurteilte die beiden "mit rechtsradikalem Gedankengut vollgestopften" ehemaligen Skins **Andreas Wember** (27) und **Michael Senf** (20) wegen schwerer Körperverletzung und Mord zu 14 und 8 Jahren Haft. Die hohe Strafe gegen den u.a. wegen mehrerer Gewalttaten vorbestraften Wember soll abschreckend wirken. Senf wurde nach dem Jugendstrafrecht verurteilt, das geringere Strafen vorsieht. Wegen strafmilderndem Alkoholeinfluß konnte bei beiden nicht die Höchststrafe verhängt werden. Gastwirt **Marian Glensk** (32), in dessen Barmer Lokal die Mißhandlungen an dem vermeintlichen "Juden" Rohn ihren Anfang nahmen, wurde wegen der gleichen Delikte zu 10 Jahren verurteilt. Daß der "Jesus von Barmen" unter "Größenwahn" leidet, wurde in seinem Fall strafmildernd gewertet.

Am 12. November 1992 mißhandelten die Wuppertaler Skinheads Andreas Wember und Michael Senf in der Barmer Kneipe ihr Opfer, das sich ihnen gegenüber als Jude zu erkennen gegeben hatte, tatsächlich aber keiner war. Der Spätaussiedler Glensk heizte die Stimmung mit wiederholt vorgetragenen Sprüchen wie "Jude, du mußt nach Auschwitz" an. Er machte den Skins deutlich, so das Gericht, "ich stehe zu euch". Sie nahmen ihn beim Wort und fügten ihrem Opfer, das sie zuvor mit Tritten übel zugerichtet hatten, mit Hilfe von Alkohol Verbrennungen zu.

Gemeinsam, so das Gericht, entschieden die drei, ihr Opfer verschwinden zu lassen. Sie einigten sich darauf, den noch lebenden Rohn in die Niederlande zu schaffen. Zeuge **Thomas Reuber** (24) aus Wuppertal half, das Opfer in den Wagen des Wirtes zu schleifen. Er wurde schon zuvor lediglich wegen "Strafvereitelung" zu der lächerlich geringen Strafe von 30 Tagessätzen zu 30 DM verurteilt.

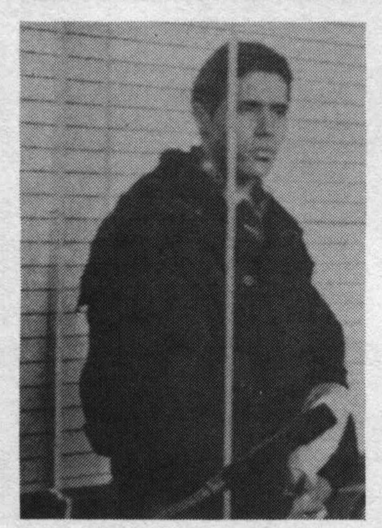
In der Nähe von Venlo warfen Glensk und die beiden Skins ihr Opfer wie ein Stück Vieh aus dem Wagen. Das Verhalten der Täter und die äußeren Umstände zeigen, so das Gericht, daß Rohn sterben sollte. Ein Pathologe und ein Gerichtsmediziner wiesen in der Hauptverhandlung nach, daß Rohn zu diesem Zeitpunkt bereits tot war. Beim Transport im Auto des Wirts hatte der schwergewichtige Senf auf dem Brustkorb des Opfers gesessen und



Andreas Wember



Michael Senf



Marian Glensk

ihm so reihenweise die Rippen gebrochen. Rohn erstickte unter der Last der Zwei-Zentner-Glatze.

Die beiden Skins, so heißt es im Urteil, seien Angehörige der "Nationalen Front", die größere Mengen rechtsradikalen Propagandamaterials besaßen. Dem Skinhead Senf, der über Beziehungen zur NF aussagte, ist der richtige Name der "Nationalistischen Front" (NF) offenbar nicht geläufig. Sein IQ, so ein Gutachter, liegt knapp über dem Schwachsinn. Gegenüber Wember, mit dem er vor der Tat etwa ein halbes Jahr zusammen wohnte, verhielt er sich unterwürfig wie ein Hund. Die "trainierten Trinker" handelten auch unter erheblichem Alkoholeinfluß nach "rechtsradikalem Muster". "Kalkül und nicht resignierende Unterordnung" war es, was Gastwirt Glensk dazu veranlaßte, das Opfer den Skins als Juden vorzustellen und zu fordern "Macht Auschwitz wieder auf".

Die RichterInnen am Wuppertaler Landgericht sich der Sichtweise des Staatsanwalts an, der auf Verurteilung wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und Mord zur Verdeckung einer Straftat plädiert hatte. Sie betonten die Notwendigkeit, "mit besonders scharfem Auge rechtsradikale Bewegungen zu beobachten". In ihrem Urteil machten sie deutlich, daß zu solch einer Tat die entsprechende neofaschistische Gesinnung und nicht bloß ein betrunkener Kopf gehört.

Offen blieb, wie die beiden Skins an die "**Nationalistische Front**" (NF) gerieten. Nach Darstellungen von einem der Verteidiger soll Senf Aufkleber bestellt haben. Danach sei ihm mitgeteilt worden, er sei Mitglied. Gegen diese bagatellisierende Erklärung spricht, daß die beiden Skins in den Monaten vor der Tat selbst in Begriff waren, in Wuppertal eine Gruppe von ca. 10 Personen aufzubauen, vermutlich nach Vorgaben der NF. Die Polizei fand neben Material der NF und des "**Freundeskreises Freiheit für Deutschland**" (FFD) entsprechende handschriftliche Unterlagen in ihrer Wohnung. Die frühere Verlobte von Andreas Wember sagte vor Gericht aus, Wember habe Ausweise bestellt. Wember selber verkehrte schon Ende der 80er Jahre in einem Wuppertaler Motorradclub, wo er an NF-Material gelangte.

In den Monaten nach den Pogromen von Rostock, als Wember und Senf in Wuppertal-Barmen ihre Gruppe aufbauten, wurden dort ungewöhnlich viele faschistische Übergriffe registriert. Einen möglichen Zusammenhang zeigten die Ermittlungsbehörden nicht auf.

Wurden die Skins durch eine Schulung der NF, die NF-Führer **Meinolf Schönborn** ein halbes Jahr vor dem Mord im April '92 in der nahe gelegenen Solinger Kampfsportschule "**Hak-Pao**" durchführte, zum Aufbau einer Ortsgruppe motiviert? Ein NF-Schulungsbild "Unsere Welt" fand die Polizei in ihrer Wohnung. Die Kampfsportschule des berüchtigten Trainers **Bernd Schmitt**, auch bekannt als "Deutscher Hochleistungs-Kampfkunstverband", war ein Sammelbecken für Rechtsradikale aus dem Bergischen Land und dem Rheinland.

Grufties gegen Republikaner

Am 26. 3. 94 pünktlich zum Sonnenuntergang um 18.24 Uhr versammelten sich ca. 200 Leute zu einer Mahnwache vor dem Haus des Grabsteinhändlers Jürgen Lange. Aufgerufen zu dieser Aktion hatten die "Gruftis gegen rechts". Lange ist stadtbekannter Republikaner und ehemaliger NRW-Landeschef der REPs. Als aktives Mitglied stellte er seine Räumlichkeiten für Parteitreffen zur Verfügung und unterstützte die Partei auch finanziell.

Die Polizei befürchtete offensichtlich, daß es zu Auseinandersetzungen kommen würde; ca. 50 Ordnungshüter versperrten den Zugang zu Langes Gelände. Lange selbst hatte schon vor Wochen von der geplanten Aktion erfahren und reagierte cholerisch. Im Vorfeld rief er mehrfach im Wuppertaler Infoladen und im Autonomen Zentrum an und drohte unter anderem "Für jeden umgefallenen Grabstein fällt ein Grufti". Er engagierte auch einen Privatdetektiv mit dem Auftrag, die Organisatoren auszuspionieren, der sich aber frühzeitig zu erkennen gab. Lange stattete sein Haus mit einer Videoüberwachungsanlage aus und während der Kundgebung hielten sich mehrere Leute bei ihm auf. Anscheinend hatte er zu oft mit Handgranaten und ähnlichem gedroht: einen Tag, bevor die Gruftis bei ihm auftauchten, führte die Polizei eine Razzia in seinem Haus durch. Gefunden wurde "nur" ein Luftgewehr. Auf der Kundgebung wurde mit einem Redebeitrag auf die Rolle Jürgen Langes bei den Republikanern eingegangen und deutlich gemacht, daß er als aktives Mitglied einer rechtsextremen Partei für eine menschenverachtende und hetzerische Politik mitverantwortlich ist. Die Aktion, die von mehreren antifaschistischen Initiativen unterstützt wurde, endete mit einer Demonstration.

Die Wuppertaler Republikaner hoffen, nach den Kommunalwahlen in diesem Jahr "mit einer starken Fraktion in den Stadtrat der Stadt Wuppertal" einziehen zu können. Ihre vorrangigen kommunalpolitischen Ziele sind ziemlich inhaltslos ("gegen rot/grün") und sie lassen erahnen, wie sie sich eine Stadt vorstellen, in der es sich zu leben lohnt: für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wuppertal, gegen "die extrem autofeindliche rot-grüne Staupolitik". Der Kreisverband behauptet,

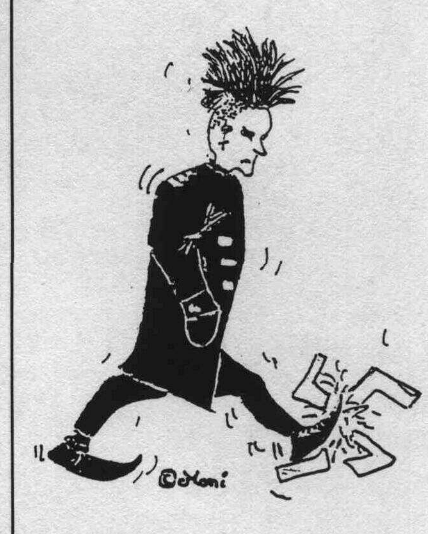
für alle 34 Wahlbezirke Kandidaten stellen zu können. Als Spitzenkandidaten wurden **Günther Kunz**, Berufsschullehrer und Pressesprecher der Wuppertaler REPs, **Klaus Klapp**, ehemaliger Lebensmittelhändler und Kreisvorsitzender, **Burkhard Stieglitz**, Dipl.-Volkswirt und Mitglied des Landesvorstandes, **Konrad Pollakowski** und **Martin Meyer** benannt. Im Wahlkampf war von diesem großen Potential bisher wenig zu spüren; ein kürzlich angemeldeter Stand wurde nicht durchgeführt, ihre Flugblätter nur in einem Stadtteil verteilt.

Schon seit geraumer Zeit werden Überlegungen angestellt, diese Partei zu verbieten und ihre Aktivitäten in den Verfassungsschutzbericht aufzunehmen. Einigen Bundesländer und das Bundesamt für Verfassungsschutz stellen sich aber auf den Standpunkt, die Republikaner bewegten sich durchaus noch im Rahmen des Grundgesetzes. Der jüngste Skandal um die Republikaner zeigte aber mal wieder, daß die Distanzierungen von militanten Naziszene nur sehr halbherzig und strategisch gemeint sind. Bei einer Razzia bei zwei Kölner Republikanern und in der Bundesschiedsstelle der REPs wurden Belege dafür gefunden, daß Brandstifter von der Parteispitze gedeckt werden. 1991 wurde in Bergheim bei Köln ein Flüchtlingsheim in Brand gesteckt - unter Beteiligung eines führenden Kölner REP-Mitgliedes. Seine Parteikameraden wußten von der Brandstiftung und meldeten den Vorfall an die Bundesschiedstelle der Republikaner und an **Schönhuber** weiter, ohne daß es Konsequenzen für den Täter gehabt hätte. In Nordrhein-Westfahlen sind Mitglieder der Republikaner wegen Körperverletzung, Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und wegen Waffenbesitzes verurteilt worden. Bei der Scheinhinrichtung eines türkischen Mannes in Mühlheim war ebenfalls einer der Täter REP-Mitglied.

Die antisemitischen Attacken Schönhubers sind ohnehin als Anbiederungsversuch an die extreme Rechte zu verstehen und die aggressiven Töne der Parteiführung werden von den Mitgliedern in Taten umgesetzt. Umgekehrt verspricht sich ein Teil der militanten Neonaziszenen ein legales Standbein und einen größeren Spielraum, wenn die Republikaner in die Parlamente einziehen.

Daß auch die Wuppertaler Republikaner keine Berührungsängste gegenüber militanten Neonazis haben, wurde spätestens bei dem von **Hak-Pao** Mitgliedern geschützten Rep-Infostand deutlich...

Wuppertal



Grufties gegen Rechts

Interview: Grufties gegen Rechts

Ztg.: Wer seid ihr?
Es gibt in Deutschland eine schwarze Szene, die durch schwarze Kleidung und extreme Schminke auffällt und die bestimmte Musik hört, zum Beispiel DarkWave, EBM, Gothic hört. Ich sehe mich eher in der New Wave Tradition der 80er Jahre. "Grufti" ist ein sehr klischeebesetztes Wort, das von den meisten Leuten innerhalb der schwarzen Szenen abgelehnt wird.
Ztg.: Warum nennt ihr Euch dann trotzdem "Gruftis gegen rechts"?
Aus Öffentlichkeitsgründen. Das Echo der Presse hat gezeigt, daß das ein richtiger Schritt war - aber auch als Persiflage auf klischeebehaftete Gruftis.
Ztg.: Wie seid ihr auf diese Aktion gekommen?
Bei einem Bier entstand der Gedanke, warum Widerstand gegen Nazis nicht auch mal ein anderes Gesicht haben kann, und ein Grabsteinhändler bot sich für unsere Subkultur natürlich an. **Lange** war uns bekannt als Republikanerkandidat für die Kommunalwahlen, als **REP**-Bezirksvorsitzender Bergisch-Land und als ehemaliger Kreisvorsitzender.
Ztg.: Herr Lange hat ja ziemlich panisch reagiert. Habt ihr damit gerechnet?
Sein vorhergehendes Auftreten - Bodyguards, Anrufe im AZ und im Infoladen, deutete schon darauf hin. Er hat einen Privatdetektiv auf die Szene gehetzt, um herauszufinden, wer die "Gruftis gegen rechts" sind. Nach der Ankündigung einer Weihnachtskundgebung hat er behauptet, er habe Handgranaten im Vorgarten vergraben.
Ztg.: Und, habt ihr was von der Bewaffnung gemerkt?
Per Video hat Lange die ganze Aktion gefilmt, und es waren mehrere Leute im Haus. Einen Tag vorher gab es eine Razzia von der Polizei. Wir haben gehört - bisher aber noch nicht bestätigt - daß gegen Lange jetzt ein Verfahren wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz eingeleitet worden ist.
Ztg.: Was habt ihr gemacht?
Zum Sonnenuntergang um 18.24 Uhr wurde zu einer Kundgebung mobilisiert, zu der ca. 200 Leute aus unterschiedlichen Spektren erschienen sind; neben Gruftis kamen auch Antifas, Autonome und Punks.
Ztg.: Grabsteine sind keine umgeflogen?
Natürlich nicht! Nur eine ganz geringe Minderheit entspricht diesem Klischee der Friedhöfsschänder und hält schwarze Messen ab. Die zum Verkauf bestimmten Grabsteine sind vermutlich wegen des hohen Polizeiaufgebots nicht umgekippt worden. Demonstrierende Gruftis schienen für die Polizei eine Neuheit zu sein. Treffenderweise hat Lange ja auch angekündigt, "für jeden Grabstein der fällt, fällt auch ein Grufti".
Zum Schluß ging eine gutgelaunte Demo noch an den Häusern von zwei Rep-Mitgliedern vorbei, bei dem Berufsschullehrer **Kunz** und bei **Meyer** in der Nützenberger Straße. Anschließend war DarkWave im Autonomen Zentrum.

Ztg.: Was hat diese Aktion gebracht?
Erst mal war erfreulich, viele neue Gesichter bei Aktionen gegen rechts zu sehen, aber auch viele Grüße an die alten Gesichter.
Die Öffentlichkeitsresonanz war gut. Zum Beispiel hat ein bekanntes Stadtmagazin einen Bericht auf der ersten Seite gebracht, der auch konkret auf die Rolle Jürgen Langes bei den REPs einging - im Gegensatz zu Oberstaatsanwalt **Rosenbaum**, der die Dreistigkeit besaß, zu behaupten, daß Lange ihm nur als Sympathisant der Republikaner bekannt sei. Außerdem wurde dem Grabsteinhändler ein großer Werbevertrag gekündigt, weil er REP ist. Lange hat angedroht, einen Prozeß dagegen anzustrengen, weil er angeblich schon hohe Umsatzeinbußen zu verzeichnen hat.
Ztg.: Plant ihr noch weitere Sachen?
Die Gruppe hat sich für diese Aktion zusammengeschlossen und erstmal auch nur diese Aktion im Auge. Im Moment gibt es aber Überlegungen, ob es nicht Sinn macht, diese Gruppe bestehen zu lassen. Aber das kann nur der Fall sein, wenn es mehr Menschen aus der Wave-Gothic-EBM-Szene gibt, die Interesse an weiteren Aktionen haben.
Ztg.: Wie wurde diese Aktion denn überhaupt von der schwarzen Szene aufgenommen?
Bisher gab es wenig Resonanz; aber die Reaktionen auf das Verteilen der Mobilisierungsflugblätter waren größtenteils positiv, weil die Mehrheit der Leute links denkt. Aber trotzdem gibt es wenige, die sich engagieren. Resonanz wäre uns aber wichtig.
Kontaktadresse: Schwarze gegen braun
c/o Infoladen
Brunnenstraße 41
42105 Wuppertal

"Nicht einschüchtern lassen"

Sich nicht einschüchtern lassen sondern weitermachen wie bisher wollen ca. 30 Gruppen, Institutionen, Geschäfte und Einzelpersonen, die auf einer Liste des "Anti-Antifa Freundeskreises Wuppertal" erscheinen.

Mitte März informierte die Wuppertaler Polizei alle von den Neonazis bedrohten Gruppen und Personen. Neben einem Oberstaatsanwalt steht die Antifaschistische NRW Zeitung als "Hauptadresse aller linksextremen Aktionen" an zweiter Stelle. Städtische Institutionen, Geschäfte, Initiativen und linke Organisationen werden ebenfalls aufgezählt. Die Anti-Antifa-Liste ist mit Januar 1994 datiert und enthält ausschließlich Wuppertaler Anschriften. Im Vorwort wird eine weitere Drohliste angekündigt, die noch detailliertere Informationen über Wuppertaler Einzelpersonen enthalten soll. Privatadressen, Kfz-Kennzeichen, Telefonnummern und weitere Informationen "über linksextremistische Personenkreise" wollen die Faschisten veröffentlichen. Als Kontaktanschrift für Denunzianten dient ein Postfach in Bonn, das nach Informationen der Antifa-Zeitschrift "Der Rechte Rand" vom Bonner FAP-Funktionär Norbert Weidner genutzt wird. Weidner ist ein überregionaler Funktionär der neofaschistischen "Freiheitlichen Arbeiterpartei". Er gehört zu den treibenden Kräften der Anti-Antifa in Deutschland und hat überregionale Kontakte. Sein Postfach erschien auch in der im Dezember verbreiteten Anti-Antifa-Liste "Einblick".

Der Wuppertaler Koordinationskreis Antifaschismus organisierte mittlerweile ein Treffen der Bedrohten. Einigkeit bestand darüber, sich von den Neonazis nicht einschüchtern lassen zu wollen. Die Betroffenen berieten darüber, wie sie sich gemeinsam den Drohungen entgegenstellen können. Durch verbesserte Öffentlichkeitsarbeit soll die rechte Szene in Wuppertal verstärkt ans Licht gezerrt werden. Möglichst alle Gruppen wollen -vertreten durch RechtsanwältInnen- bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der Drohungen als NebenklägerInnen auftreten. Momentan ermittelt die Wuppertaler Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Volksverhetzung und der Bedrohung. Sie wie auch die Polizei wurden aufgefordert, zügig und massiv gegen die stadtbekannte rechte Szene vorzugehen.

Blick hinter den Stacheldraht

Containerknast auf dem Wuppertaler Lichtscheid geschlossen

Von blau gefrorenen Häftlingen, von ImmigrantInnen, die kurz vor dem Selbstmord standen oder von Flüchtlingen, die sich selbst Verletzungen zufügten, berichteten Mitglieder der Wuppertaler "Betreuungsgruppe Abschiebehaft" auf einer Pressekonferenz.

Aufgrund eines "Hilferufs" der beiden Wuppertaler Gefängnispfarrer entstand eine Gruppe von Freiwilligen, die regelmäßig Kontakt mit den Häftlingen in den beiden Wuppertaler Abschiebehaftanstalten auf dem Lichtscheid (Ende Februar geschlossen) und am Sedansberg hält. Was im Strafvollzug üblich ist, nämlich den Häftlingen eine sozialarbeiterische oder psychologische Betreuung zu bieten, gibt es in den Abschiebehaftanstalten Nordrhein-Westfalens nicht. Die wegen ihrer unsicheren Zukunft unter hohem Druck stehenden Häftlinge sind auf ehrenamtliche Betreuung angewiesen. Die Mitglieder der

Wuppertaler Gruppe, vorwiegend Frauen, haben zum Teil schon Gefangene im Strafvollzug betreut oder kommen aus der Flüchtlingsarbeit.

Entsetzt zeigten sie sich insbesondere über den früheren Containerknast auf dem Lichtscheid. Häftlinge kamen blau gefroren zur Beratung. Sie waren im September in Sommerkleidung festgenommen worden und hatten dann Angst, nach der Abschiebung im Moskauer Winter zu erfrieren.

Weniger als 20% der anfragenden Häftlinge im provisorischen Abschiebeknast auf dem Lichtscheid hatten das Glück, einen Beratungstermin zu bekommen. Nur die Spitze des Eisbergs wurde der Gruppe sichtbar. Eine Betreuerin traf bei ihrem ersten Besuch im Containerknast gleich auf zwei selbstmordgefährdete Häftlinge, die sich mit Glasscherben Schnittwunden am Arm zugefügt hatten. Auch zwei weitere drohten, sich umbringen zu wollen. Der Anstaltsleiter ließ ihnen mitteilen, er lasse sich nicht erpressen.

Der aus Nigeria stammende Flüchtling Emmanuel Ehi, der zeitweilig in Wuppertal untergebracht war, machte aus Angst vor der Abschiebung ernst. Nachdem er nach Süddeutschland verlegt wurde, erhängte er sich. Lieber in Abschiebehaft sterben als in die Türkei abgeschoben werden wollte ein kurdischer Flüchtling, der in den Hungerstreik ging. Mit Hilfe von Bekannten und dem Einsatz eines Rechtsanwalts kam er frei. Nur massiver Einsatz von außen konnte ihm helfen.

Die BetreuerInnen zeigten Verständnis dafür, daß die Inhaftierten, die oftmals gar nicht wissen, warum sie in Haft genommen wurden und wann sie abgeschoben werden, den Justizbediensteten oder Wachmannschaften die Kaffeekannen um die Ohren hauen. Aggressive Häftlinge aus der Anstalt Lichtscheid wurden an Händen und Füßen gefesselt in einen VW-Bus eingesperrt, wo sie dann ihr Verhalten erklären mußten. Einige der auf dem Lichtscheid eingesetzten Schwarzen Sheriffs des Wachdienstes Kötter hätten sich angesichts ihrer Erlebnisse in der Abschiebehaftanstalt versetzen lassen. Selbst die gutwilligsten Bediensteten mußten wegen der Umstände in Stress geraten, meint die Gruppe.

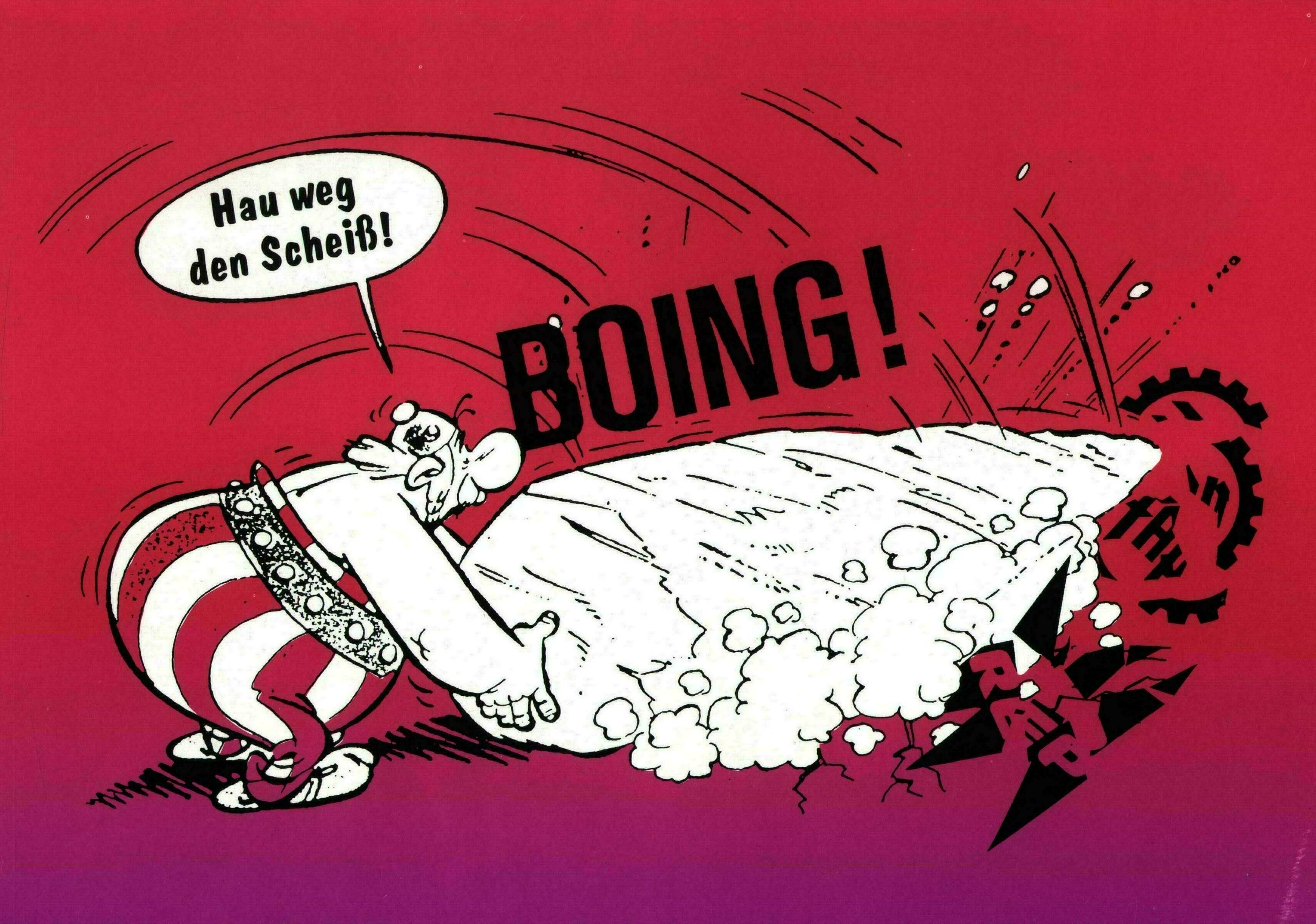
Viele Inhaftierte in Abschiebehaft sind zwischen 20 und 30 Jahren alt, aber auch 16 und 55jährige sind unter ihnen. Oft wissen sie nicht, wo ihre Familienangehörigen verblieben. Die BetreuerInnen schätzen den Anteil der Asylsuchenden auf etwa 40%, die anderen sind illegale ArbeitsimmigrantInnen oder Menschen, deren Aufenthaltsrecht auslief. Neben Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder Rumänien stammen viele aus Afrika, Indien oder kurdischen Gebieten. Die Gründe, warum sie in Abschiebehaft genommen wurden, sind oft haarsträubend. Ein Kosovo-Albaner konnte der Polizei nicht verständlich machen, daß er Asyl beantragen wollte, bzw. die Beamten wollten dies nicht verstehen. Er fand sich hinter Gittern wieder. Andere Flüchtlinge informierten bei einem Umzug nicht alle für sie zuständigen Behörden. Das nicht informierte Amt unterstellt dann, die betreffende Person wolle abtauchen und ordnet Abschiebehaft an. Die Haftrichter würden den Argumentationen der Ausländerbehörden oft kritiklos folgen, meinen die BetreuerInnen, die angesichts ihrer Erlebnisse Zweifel am Rechtsstaat bekamen. Die Macht der Ausländerämter sei zu groß geworden, und der Einzelfall spiele keine Rolle mehr.

Viele bleiben lange in Haft, nur wenige entgehen der Abschiebung. Für die langen Haftzeiten seien oft Behörden verantwortlich, die Reisedokumente zu spät beantragen oder herumliegen lassen. BeamtInnen würden in Einzelfällen erstaunliche Energien aufbringen, um Betroffene auch nach Ablauf der vorgesehenen Haftdauer von maximal 6 Monaten festzuhalten. ArbeitsimmigrantInnen drängen darauf, schnell abgeschoben zu werden: Für Flüchtlinge ist eine lange Haftdauer jedoch von Vorteil, weil mit etwas Zeit in ihrem Bleiberechtsverfahren unter Umständen noch etwas zu machen ist.

Etwas bessere Zustände als auf dem Lichtscheid herrschen in der Abschiebehaftanstalt am Sedansberg. Dort können sich die Gefangenen auf den einzelnen Etagen frei bewegen und so vielleicht andere treffen, die die gleiche Sprache sprechen. Mit Hilfe eines Telefons, das den Abschiebehäftlingen auf dem Lichtscheid nicht zur Verfügung stand, können sie einige Dinge selber regeln.

Der martialische Containerknast auf dem Lichtscheid wurde Ende Februar geschlossen. Anfang Januar waren dort noch 200 Personen festgesetzt. Gleichzeitig wurde in Büren bei Paderborn eine große Abschiebehaftanstalt in Betrieb genommen. Die mit anderen Gruppen vernetzten WuppertalerInnen befürchten, daß in dem ländlichen Gebiet keine entsprechende Betreuung mangels Freiwilligen geleistet werden kann.

Ihre eigene "kostenlose Sozialarbeit" sei im Interesses der Justizbehörden, die sich eine Beruhigung der unter hohem Druck stehenden Abschiebehäftlinge versprechen. Eigentlich, so eine der freiwilligen BetreuerInnen, "ist es unverantwortlich, in einem Stacheldrahtverhau wie Lichtscheid mitzuwirken und ihn damit zu legitimieren". Zu ihrer politischen Verantwortung gehöre es angesichts des "Hin- und Herschiebens von Menschen", der Öffentlichkeit einen Blick hinter den Stacheldraht zu ermöglichen.


Hau weg den Scheiß!
BOING!